



BONIFATIUSHAUS

Haus der Weiterbildung und Akademie des Bistums Fulda



Tätigkeitsbericht 2021

Inhaltsverzeichnis

<i>Das Bonifatiushaus</i>	03
<i>Vorwort</i>	04
<i>Mitmachaktion „Haltung zeigen“ Demokratiestärker*innen machen Zukunft!</i>	06
<i>Heute die Armut von Morgen bekämpfen!</i>	08
<i>Eine Frage der Verhältnismäßigkeit – Medizin und Recht in der Corona-Pandemie</i>	10
<i>Angebote zur Politischen Bildung in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit</i>	12
<i>9/11 – und die Geburt der Gegenwart</i>	14
<i>Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Kooperation mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. Sektion Fulda</i>	16
<i>„Grenzerfahrungen – Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet“</i>	24
<i>„Kein Weihnachten in Moria“</i>	26
<i>Aktuelle Publikationen</i>	28
- Migration in der Pflege - Die Attraktion des Extremen - Radikalisierungsprävention im Netz	
<i>Interdisziplinäre Fachtagung Pflege</i>	30
<i>Identität und Engagement – Weiterbildungen für Pflegefachkräfte 2021</i>	32
<i>Der Sündenfall und die Frage nach dem Leid in der Welt</i>	36
<i>1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland</i>	38
<i>Geschichte begreifen: Historisch-politische Bildung als Auftrag für die Gegenwart ... am Beispiel ‚Sophie Scholl‘</i>	40
<i>Seminare für den Bereich der Jugendbildung</i>	42
<i>Globalisierung – Menschenrechte – Wirtschaft</i>	44
<i>Mitarbeiter</i>	48
<i>Burkhard Kohn: Was ich noch zu sagen hätte...</i>	50
<i>Öffentlichkeitsarbeit in der Katholischen Akademie</i>	R 07
<i>Mitgliedschaften und Qualitätssicherung</i>	R 06
<i>Religionssensible politische Bildung – „RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.</i>	R 04
<i>Grußworte</i>	R 02
<i>Titel „Katholische Akademie - Bistum Fulda“</i>	

Das Bonifatiushaus...

... ist die Akademie des Bistums Fulda. Als ein Träger der Erwachsenenbildung des Bistums bietet es ein umfangreiches Seminarprogramm zu religiösen, gesellschaftspolitischen, sozialen und vielen weiteren spannenden Themengebieten an. Die Angebote sind offen für alle Interessierten. Ob als Abend-, Wochenend- oder Wochenkurse, das Bonifatiushaus hält auch für Sie die passende Organisationsstruktur der Veranstaltungen und Fortbildungen bereit. Zudem sind die Wochenkurse des Bonifatiushauses als Bildungsurlaube nach dem Hessischen Bildungsurlaubsgesetz anerkannt.



Moderne Ausstattung in einer besonderen Atmosphäre...

...sollten für jede Seminarform einen Grundsatz bilden. Das Bonifatiushaus bietet Tagungsräume für 60 und 150 Personen sowie für kleinere Gruppen. Moderne Tagungstechnik von Flipchart und Pinnwand über Beamer und Audioanlage bis hin zu WLAN ist vorhanden. Bis zu 110 Personen können in 60 komfortablen Zimmern mit privater Dusche und WC übernachten. Auch Familien sind willkommen. Für sie stehen zwei durch eine Innentür miteinander verbundene Zimmer bereit. Kinder können separat betreut werden. Auf dem Gelände befinden sich ein Spielplatz, ein Volleyballfeld, ein Barfußpfad und große parkähnliche Wiesen mit Bäumen. Bei schlechtem Wetter lädt das große helle Tageslicht-Atrium und eine Gästebibliothek zum Verbringen der Freizeit ein.



Private Seminare und Tagungen...

...können im Bonifatiushaus Fulda in professioneller Umgebung und mit moderner technischer Ausstattung abgehalten werden. Unser Tagungshaus liegt nahe dem Zentrum von Fulda. Durch die Anbindung an das ICE-Netz ist Fulda deutschlandweit leicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Somit ist das Bonifatiushaus ein hervorragend geeigneter Tagungsort. Zudem bietet das Haus angenehme Übernachtungsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe zu Seminarräumen mit Ausblick ins Grüne und gleichzeitige Verköstigung für 130 Personen an. Der Speiseplan erfüllt jegliche diätetischen sowie weltanschaulichen oder religiösen Wünsche.



Liebe Leser, sehr verehrte Damen und Herren,

stand das Jahr 2020 vor allem unter der Ohnmacht, der Sorge und den Ängsten, die die Corona-Krise mit sich brachte, so wagte man im Jahr 2021 einen Perspektivenwechsel. Es wurde auf die positiven Ressourcen geblickt, die das Bonifatiushaus aus solch einer Krisenzeit ziehen konnte und kann. Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich das Programm dieses Ortes der Weiterbildung mit religiösen, gesellschaftlichen, sozialen und politischen Themen. Hierbei wurde vor allem der Bereich der Erwachsenen angesprochen. Doch bereits im Verlauf des Jahres zeigte sich, dass die Brille, mit der wir in die Zukunft unserer Bildungsarbeit blicken, ein wesentlich breiteres Spektrum von Menschen und eine stärkere politische Orientierung hinsichtlich des Programmes in den Blick nehmen sollte. Die Gründe hierfür liegen nahe: Als Akademie des Bistums sind wir ein Ort der non-formalen Bildung. Non-formale Bildung gerade im politischen Bereich bedeutet ein lebensbegleitendes Lernen – von der Kindheit und Jugend angefangen bis hin in das hohe Erwachsenenalter. Ein lebenslanges Lernen, das in einem Spannungsverhältnis von Neutralität und Werteorientierung steht. Kann doch eine katholische Einrichtung nicht werteneutral in der Bildung auf dem Weg sein.

Genau vor diesem Hintergrund steht nun das oben genannte Zitat: Wie wichtig ist die Anerkennung der Würde eines jeden Menschen. Ein Gut, das sich auch in unserem Grundrechtskatalog an erster Stelle findet. Ein Wort, das Feindes- und Nächstenliebe inkludiert. Ein Begriff, der heute mehr denn je an Relevanz und Signifikanz zu besitzen scheint. Würde.

Sowohl als Bonifatiushaus als auch als Katholische Akademie wird die Würde des Menschen ausgehend vom Evangelium als Grundlage unseres Arbeitens an eine exponierte Stelle gehoben. Dies gilt für das religiös-theologische Programm genauso wie für das gesellschaftlich-politische. Und genau vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, dass innerhalb des bevorstehenden Transformationsprozesses und der Fokussierung auf Themen der christlichen Sozialethik und Gesellschaftslehre der Blick auf die Würde des Menschen ausgehend vom Gedanken der Gottesebenbildlichkeit gelegt wird.

Aber es ist auch der Blick auf ein Jahr der Dankbarkeit gegenüber unseren Gästen, Kooperationspartnern und nicht zuletzt allen Mitarbeitenden im Bonifatiushaus. Denn die

„Die Würde des Menschen anerkennen heißt, ihn selbst höher zu stellen als alles, was in der konkreten Welt von ihm geschaffen wird.“

(Karol Wojtyła, Von der Königswürde des Menschen, Augsburg 1979, 45)



Direktor Bonifatiushaus Fulda, Gunter Geiger

Pandemie hat unsere Arbeit enorm eingeschränkt, da unsere Veranstaltungen geplant, umgeplant, online oder gar nicht stattfanden. Die Mitarbeitenden waren dadurch im Homeoffice oder in Kurzarbeit, die Kommunikation war erschwert und dennoch hat unser Hygienekonzept gegriffen und gepaart mit der immer auch notwendigen Portion Glück konnten wir unser Haus komplett geöffnet lassen und mussten keine Coronafälle die im Zusammenhang mit der Tätigkeit verzeichnen.

Für das kommende Jahr freuen wir uns also über alle Herausforderungen, die uns helfen, unseren Blick weit und offen für die Welt zu halten und uns gleichzeitig dabei helfen, unsere Bestrebungen auf unser letztes und höchstes Ziel auszurichten.

Das ganze Team des Bonifatiushauses begrüßt Sie herzlich

Ihr Gunter Geiger, Direktor und Leiter





Mitmachaktion: „Haltung zeigen“

„Haltung zeigen“ – Unter diesem Motto erinnert eine Mitmachaktion an den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der vor zwei Jahren ermordet worden ist. Neben Bischof Dr. Michael Gerber beteiligten sich auch Gunter Geiger und Burkhard Kohn aus der Katholischen Akademie an der Aktion.

„Haltung zeigen“ – so lautet der Titel einer Aktion des Regierungspräsidiums Kassels, das an den ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke erinnern und für christliche und demokratische Werte stehen soll. „Haltung zeigen bedeutet für mich, für christliche und demokratische Werte einzutreten und die Stimme zu erheben, sei es gelegen oder ungelegen“, betonte Bischof Gerber. Für seinen Beitrag zu der Aktion hat sich der Bischof einen geschichtsträchtigen Ort ausgesucht: Das Bild dazu entstand auf einer Wendel-Treppe, die verborgen im hinteren Teil

des Fuldaer Bischofshauses zur Michaelskirche führt. Auf diesem Weg gelangten seinerzeit mit Helmuth James Graf von Moltke und Pater Alfred Delp SJ Vertreter des Kreisauer Kreises heimlich zum damaligen Bischof von Fulda, um im Vorfeld des 20. Juli 1944 über die Möglichkeiten eines Umsturzes zu sprechen. „Das Fuldaer Bischofshaus ist damit einer der Orte, an denen das Wertegefüge für Deutschland nach 1945 vorausgedacht wurde“, betont Bischof Gerber. „Die Werte des Grundgesetzes zu leben und gegen Angriffe zu verteidigen, ist die bleibende Aufgabe von uns.“



Online-Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktage 2021: V.l.n.r. Burkhard Kohn und Gunter Geiger, Bonifatiushaus Fulda

Demokratiestärker*innen machen Zukunft!

„Wir machen Zukunft – Jetzt!“ lautet das Motto des 17. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages. Die Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) knüpft mit ihrer Kampagne „Demokratiestärker*innen“ daran an. Denn unsere Gesellschaft braucht junge Menschen, die ihre Anliegen einbringen und Verantwortung übernehmen.

Politische Jugendbildung schafft die dafür nötigen Bildungs- und Begegnungsangebote und bestärkt Jugendliche mit diesen Angeboten, als Demokratiestärker*innen aktiv zu werden und Zukunft zu machen.

Die Kampagnen-Webseite www.demokratiestaerkerinnen.de gibt den Akteur*innen der politischen Jugendbildung ein

Gesicht und zeigt an konkreten Beispielen, wie politische Bildungsarbeit aussieht. Alle Interessierten können auf der Seite der Kampagne ihr Gesicht zeigen und erklären, warum sie Demokratiestärker*innen sind.



Gunter Geiger
 Direktor Katholische Akademie Fulda - Bonifatiushaus / Vorsitzender AKSB



>>

Ich bin Demokratiestärker*in, weil mir unsere Demokratie am Herzen liegt und wir daher den Bereich der inklusiven politische Bildung ernst nehmen!




Maria Mnich
 Bonifatiushaus Fulda



>>

Ich bin Demokratiestärkerin, weil mir wichtig ist, dass alle Menschen ihre eigenen Interessen und Ideen einbringen können, um so gemeinsam eine Gesellschaft zu schaffen, in der wir miteinander gerne leben.



Heute die Armut von Morgen bekämpfen! – Kirchen und DBG machen sich für soziale Gerechtigkeit im Alter stark

Von der Rente in Würde leben können – dafür machen sich Hessens Kirchen und Gewerkschaften stark. Wie kann eine ausreichende Altersvorsorge nachhaltig und gerecht finanziert werden? Wie lässt sich Altersarmut vermeiden? Die evangelischen Kirchenleitungen und die katholischen Bischöfe in Hessen sowie der DGB Hessen-Thüringen sehen bei diesen Fragen politischen Handlungsbedarf. Das wurde beim zweiten Sozialpodium, organisiert vom Arbeitskreis „Kirche und Gewerkschaft“, die derzeit eine Aufklärungskampagne zur Altersarmut durchführen, am 19.1.2021 im Fuldaer Bonifatiushaus deutlich. Die Onlineveranstaltung „Pfandflaschen sind kein Rentenkonzept“ ist in unserer Online-Akademie unter www.bonifatiushaus.de weiterhin abrufbar.

Im Bündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ sind neben den Kirchen und Gewerkschaften insgesamt über 30 unterschiedliche Organisationen vertreten. Seit über zwei Jahren weist das Bündnis im Rahmen einer Aufklärungskampagne auf die Dringlichkeit hin, die Weichen zur Vermeidung von Altersarmut notwendigerweise heute zu stellen.

In Hessen sind laut Sozialbericht des Landes 17 Prozent der Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht. Zudem ist die Armutsgefährdungsquote von Rentnerinnen und Rentnern in diesem Bundesland in den letzten Jahren stark gestiegen – von 14,9 Prozent im Jahr 2018 auf 17,0 Prozent im Jahr 2019. Deutlich wird, dass zunehmend mehr Menschen von Altersarmut betroffen sind.

Das Ziel des Bündnisses liegt darin, Menschen im Alter ein Auskommen zu ermöglichen, mit dem existentielle Lebensbedürfnisse gesichert sind. Sie sollten im Alter dort leben können, wo sie möchten und nicht nur dort, wo sie es sich finanziell leisten können. Insbesondere im südlichen Gebiet sowie dem Rhein-Main Gebiet wird dies zu einem ernstzunehmenden Problem. „Altersarmut ist in unserem Land keine Randerscheinung mehr“, so Heike Miede, „vor allem Frauen und Frauen mit Kindern sind es, die schon heute aufgrund ihrer Erwerbsbiographie nicht ausreichend Rentenpunkte sammeln können wie der typische Rentner.“ Um die derzeitige Durchschnittsrente von 1539 Euro zu erhalten, muss der Bruttoverdienst pro Monat (45 Jahre lang) aktuell bei 3340 Euro liegen, die durchschnittliche Rente von Frauen im vergangenen Jahr betrug durchschnittlich nur 710 Euro. Diese Durchschnittsrente reicht bei den derzeitigen Miet- und Lebenshaltungskosten häufig nicht aus. Jüngere Menschen verlassen sich heutzutage nicht mehr auf ihre Rente: Daher muss insbesondere diese Generation wieder Vertrauen in das Rentensystem gewinnen können – auch Vertrauen darauf, dass sie im Alter entsprechend abgesichert sind. In die Diskussion müssen daher auch immer die Aspekte Reich-

tum und Verteilung einbezogen werden. Damit die Sammlung von Pfandflaschen eben kein Rentenkonzept darstellt, muss das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung wieder hergestellt werden: Das bedeutet eine Anpassung des Rentenniveaus an die Lebenshaltungskosten, sodass immerhin 50% des vorherigen Erwerbs erreicht werden ebenso wie eine bessere Bewertung niedrigerer Einkommen. Darüber hinaus lehnt das Bündnis grundsätzlich eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ab. Im Rahmen der Veranstaltung wurden verschiedene Themen verhandelt: Die wesentlichen Standpunkte unserer eingeladenen Experten und Expertinnen sind im Folgenden dargelegt.

Hofmann: Gesetzliche Rente muss für alle das Existenzminimum überschreiten „RentnerInnen sind keine Bittsteller, sie sind Teil unserer Gesellschaft und haben ihren Beitrag zur Sorgeleistung erbracht“, sagte die Bischöfin von Kurhessen-Waldeck, Dr. Beate Hofmann. Eine würdige Altersversorgung dürfe sich nicht nur an eingezahlten Beiträgen orientieren, sie müsse auch die Lebensleistung wie Erziehungs- und Pflegezeiten sowie Zeiten für das Gemeinwohl berücksichtigen. Armutsbekämpfung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, so Hofmann. Dem Trend der immer größer werdenden Altersarmut müsse man daher gemeinsam entgegentreten. Eine so reiche Gesellschaft wie unsere könne es sich nicht leisten, immer mehr Menschen in Ar-



Bischof Dr. Michael Gerber, Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Michael Rudolph und Moderatorin Elisa Rheinheimer

mut und sozialer Ausgrenzung leben zu lassen, unterstrich die Bischöfin: „Daher braucht es eine gesetzliche Rente, die bedingungslos für alle das Existenzminimum übersteigt.“ Die Altersversorgung dürfe sich nicht weiter verschlechtern.

Gerber: Durch Bildung lässt sich künftige Altersarmut bekämpfen

Der Fuldaer Bischof Dr. Michael Gerber verwies auf Initiativen wie beispielsweise „youngcaritas“. Diese Plattform sensibilisiere junge Menschen durch attraktive Projekte für die Herausforderungen von Menschen in prekären Lebenslagen. „Solche Maßnahmen fördern den Zusammenhalt der Gesellschaft und stärken die Akzeptanz, wo entsprechende Regelungen notwendig sind, um mehr ausgleichende Gerechtigkeit für ältere Menschen mit kleinen Renten zu erlangen.“ Auch mit Investitionen im Bildungsbereich lasse sich Altersarmut bekämpfen. „Die Schere droht weiter auseinander zu gehen. Das zeigt gerade Corona in der Unterschiedlichkeit, wie Schülerinnen und Schüler damit zurechtkommen. Es besteht die Gefahr, dass sich das in der Berufsbiografie und damit später im Rentenalter fortsetzt“, fürchtet Gerber. „Hier gilt es, jetzt und nachhaltig die Weichen zu stellen.“


Truger: Gesellschaftspolitik ist Ermöglichungspolitik

Prof. Dr. Achim Truger, Mitglied des Sachverständigenrat Wirtschaft, hielt einen Vortrag zum Thema „Altersarmut – nachhaltige Finanzierungsmodelle“. Er denkt Wirtschafts- und Sozialpolitik aber auch Steuer- und Finanzpolitik zusammen. „Gesellschaftspolitik heißt für mich Ermöglichungspolitik und somit spürbarer Schutz und Verbesserungen im alltäglichen Leben der großen Mehrheit der Menschen. Es geht um die dauerhafte Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit, die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und die Förderung wirtschaftlicher Leistungspotenziale durch massive Zukunftsinvestitionen.“

Rudolph: Ein starker Sozialstaat braucht eine gerechtere Steuerlastverteilung

Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Michael Rudolph, ergänzte: „Aus schlechter Arbeit erwächst keine gute Rente!“ Wer jahrelang erwerbstätig war, bekomme nicht automatisch eine Rente, die den Lebensstandard sichert. Niedrige Einkommen führen zu niedrigen Renten. Wichtig sei daher, prekäre Beschäftigung einzudämmen und den Mindestlohn zu erhöhen. Neben der Erwerbsarbeit gebe es aber noch weitere Armut verursachende bzw. verschärfende Faktoren, etwa Wohnraum, Infrastruktur und Nahversorgung. Hierzu haben Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände im Rahmen des Bündnisses „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ zahlreiche Vorschläge formuliert.



 Moderatorin Elisa Rheinheimer

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach einer gerechten Finanzierung der für die Verhinderung von Altersarmut erforderlichen Maßnahmen. „Es braucht einen starken handlungsfähigen Sozialstaat, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Dies wird ohne eine gerechtere Steuerlastverteilung, die zum Beispiel Privatvermögen und Erbschaften mit einbezieht, nicht möglich sein“.

Bischof Gerber betonte abschließend eines: Es brauche einen stärkeren Diskurs darüber, dass Jeder und Jede mit dem, was er oder sie habe und könne, eine Sozialverpflichtung gegenüber der Gesellschaft habe und das Thema „Gerechtigkeit im Alter“ mitgestalten müsse: Ein Einsetzen für das Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger sei gerade beim Thema Renten von großer Wichtigkeit.

Anm.: Für tiefergehendes Interesse und weitere Informationen kann die Veranstaltung über unsere Homepage www.bonifatiushaus.de nach wie vor abgerufen werden!

Gunter Geiger

Eine Frage der Verhältnismäßigkeit – Medizin und Recht in der Corona-Pandemie

Dass ein Virus auch vor Institutionen nicht halt macht, hat das vergangene Jahr leider zweifelsfrei bewiesen. Ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie und nach unseren ersten Experteninterviews hat sich vieles verändert, auch wenn das Virus geblieben ist und mit ihm viele Fragen gekommen sind: Wie wird es künftig weitergehen? Sind die Maßnahmen gerechtfertigt? Was geschieht in unseren Krankenhäusern, aber auch in der Gesellschaft an Orten, die wir nicht sehen? Ein Streitgespräch zwischen Medizin und Recht.

Am 18.05.2021 waren mit Prof. Dr. Peter M. Kern, Direktor der Medizinischen Klinik IV am Klinikum Fulda und Prof. Dr. Carsten Schütz, Direktor des hiesigen Sozialgerichtes zwei hochkarätige Persönlichkeiten – in der online-Akademie bei Gunter Geiger zu Gast und argumentierten aus ihrem je eigenen Fachgebiet über medizinische und rechtliche Aspekte der Corona-Pandemie. Anders gefragt: Wie steht es um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen?

Nach gut einem Jahr Pandemie war aus medizinischer Perspektive, so Kern, im Mai 2021 ein spannender Punkt erreicht: Dank der Impfungen und Genesungen vormalig Erkrankter war zu diesem Zeitpunkt in Deutschland eine etwa 50%ige „Immunität“ erreicht – damit war das Ende der unkontrollierten Ausbreitung der Pandemie zumindest in Sicht, wenn auch nicht erreicht. Prof. Dr. Kern betonte, dass eine 100%ige Immunität generell nicht erreicht werden könne, trotz Impfung und Erkrankung bleibe das Virus Teil dieser Welt und für alle Menschen künftig eine Bedrohung. Nicht vergessen dürfe man zudem, dass trotz aller Bemühungen und Einschränkungen 87.000 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Virus bekannt sind (Stand: Mai 2021) – eine Rückschau auf das „Pandemiejahr“ müsse daher auf jeden Fall auch kritisch erfolgen.

Prof. Dr. Schütz, der sich seit Beginn der Pandemie immer wieder auch kritisch über die Einschränkungen äußerte, betonte, dass das Prinzip der Verhältnismäßigkeit im 19. Jahrhundert aufgrund des Gedankens entstand, Rechts Einschränkungen und das Ausmaß dieser Einschränkungen durch die Rechtsordnung und Gerichte zu kontrollieren. Dieses vollziehe sich in einem Dreischritt, der außerhalb der rechtlichen Basis liegt: „Geeignetheit – Erforderlichkeit – An-



Gunter Geiger; Prof. Dr. Peter M. Kern, Direktor der Medizinischen Klinik IV am Klinikum Fulda und Prof. Dr. Carsten Schütz, Direktor des Sozialgerichts Fulda

gemessenheit. Klar ist, dass keine Einschränkung durch den Staat hingenommen werden müsse, die vollkommen ungeeignet zur Erreichung eines Zieles ist (Geeignetheit), ebenso wenig wie eine Einschränkung, statt derer ein milderes Mittel ebenfalls zur Erreichung eines Zieles möglich sei, die in die jeweiligen Grundrechte weniger eingreift (Erforderlichkeit). Die dritte Stufe – die Angemessenheit – entziehe sich aufgrund ihrer inhärenten Subjektivität jeglicher Justiziabilität. Die Frage, ob etwas verhältnismäßig ist, sei demnach immer philosophisch aufgeladen und von eigenen Prämissen abhängig – womit eine unterschiedliche Bewertung der Maßnahmen automatisch einhergehen muss.

Die stattgefundenen Grundrechtseinschränkungen – so Schütz – erreichten in der Pandemie ein Ausmaß, das für Deutschland einzigartig sei: Die Gegenposition sei ihm zufolge zu einseitig und zu wenig reflektiert worden. Einschränkungen müssten sich, juristisch betrachtet, generell gegen den so genannten „Störer“ wenden, also gegen den, von dem Gefahr ausgeht. Die Corona-Maßnahmen hingegen richteten sich gegen alle Bürger, obwohl von einem Großteil gar keine Gefahr ausgehe, womit ein Bruch an unserer Grundrechtsdogmatik vollzogen worden sei.

Prof. Dr. Kern entgegnete dem, dass bei der Frage nach der Verhältnismäßigkeit grundsätzlich erst einmal das „Maß“ definiert werden müsse – Was ist erreichbar? Was ist wünschenswert? Zur Veranschaulichung müssten hier die beiden „Extrempole“ in den Blick genommen werden: Hätten wir nichts gegen die Pandemie unternommen, wären in diesem Szenario binnen drei bis vier Monaten 500.000 Menschen



Prof. Dr. Carsten Schütz, Direktor des Sozialgerichts Fulda

gestorben, die restlichen wären mit dem Verlauf der Zeit auf verschiedene Wege immun geworden. Im anderen Maximal-szenario – dem absoluten Lockdown über vier Wochen, viel weitergehend als das, was wir hatten – hätte die Pandemie in einer geschlossenen Population supprimiert, also ausgetrocknet werden, weitere Todesfälle komplett verhindert werden können, allerdings zu einem maximalen Preis der Einschränkungen.

Faktisch standen der Bundesregierung also die drei Wege zu Verfügung, a) nichts zu tun (= viel Todesopfer), b) keine Todesopfer in Kauf zu nehmen (= massive Grundrechtseinschränkungen) und c) Zeit überbrücken bis zur Impfung, da im Falle einer Impfung Immunität erzeugt werden kann, ohne Menschenleben zu gefährden. Dies müsse im demokratischen Konsens formuliert werden. Problematisch sei, dass genau das „Maß“ – möglichst wenig Erkrankte oder möglichst wenig Einschränkungen – jedoch nicht bzw. immer wieder neu definiert worden ist, wodurch sich unterschiedliche Strategien ergaben. Um Maßnahmen zu beurteilen, müsse eine klare Zielvorstellungen vorhanden sein. Diese habe gefehlt, so Prof. Dr. Kern: „Wir haben nicht definiert, was wir eigentlich wollen.“ Die Entscheidungen im Umgang mit der Pandemie bewegten sich daher im letzten Jahr irgendwo zwischen diesen beiden Polen und wurden immer wieder in die eine oder andere Richtung verschoben.

Prof. Dr. Schütz zufolge lag insbesondere im Beschluss der Bundesnotbremse das Problem darin, dass diese als „eine richtige Lösung“ präsentiert worden und damit der Diskurs und die verschiedenen Lösungsstrategien der Länder unterbunden worden seien. Dies stehe dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit konträr entgegen.

Auf kritische Meinungen, wie beispielsweise die umstrittene Kampagne #allesdichtmachen, wurde zynisch reagiert und immer wieder auf die Intensivstationen verwiesen – eine moralische Kategorie, da niemand Todesopfer bewusst und willentlich aktiv in Kauf nehmen möchte. Die Achtung der Grenzen des Gesundheitssystems wurden immer wieder genannt, wobei nicht geklärt worden wäre, ob die Heranziehung dieses Kriteriums überhaupt rechtsgültig ist. Fraglich ist, ob die Entlastung der Intensivstationen (und die Verhinderung der gefürchteten Triage) ein Wert des Grundgesetzes ist, der über allem steht, was juristisch schlicht falsch ist und immer wieder abgewogen werden müsse.


Eine besondere Rolle käme in der Pandemie den Medien zu, die eine gewisse Einseitigkeit zu Tage legten, als dass das „Viel hilft viel“-Prinzip nie in Frage gestellt worden ist. Der breitere Diskurs fand nicht statt, das Ergebnis wurde nicht demokratisch erstritten, sondern eher gesetzt: Bei Kritik ging es weniger um das Argument des Kritikers als vielmehr um die Diskreditierung des Argumentierenden, indem nicht selten direkt nach Verbindungen zur Querdenkerbewegung gesucht worden sei.

Eine besondere Bedeutung hatte in der Eindämmung der Pandemie der Inzidenzwert: Dieser war sozusagen der Kompass, der anzeigen sollte, ob die ergriffenen Maßnahmen der Erreichung des Zieles dienlich waren oder nicht. Zu

Beginn der Pandemie – also im Frühjahr 2020 – wurde der Inzidenzwert von 50 (Infektionen pro 100.000 EinwohnerInnen) gesetzt, da darüber eine Überlastung des gesundheitlichen Systems zu befürchten war. Da sich die Determinanten des Inzidenzwertes im Verlaufe des Jahres jedoch stark veränderten, wurde der Inzidenzwert immer weniger aussagekräftig: Eine Adjustierung im Verlauf der Pandemie wäre dringend notwendig gewesen, so Kern.

Zusammengefasst gab es zum einen keine eindeutige Zieldefinition, zum anderen keinen präzisen Kompass. Aus diesem Grund sei die Steuerung des Staates weniger präzise und qualitativ gewesen, als sie hätte sein können. Im Kontext der Verhältnismäßigkeit seien die Maßnahmen damit an verschiedenen Stellen aus persönlicher und juristischer Perspektive schwierig nachvollziehbar gewesen.



 Prof. Dr. Peter M. Kern, Direktor der Medizinischen Klinik IV am Klinikum Fulda


Letzten Endes waren sich alle drei Gesprächsteilnehmer darin einig, dass das politische Vorgehen im Verlauf der Pandemie kritisch zu betrachten sei. Dennoch: Man dürfe nicht vergessen, dass Deutschland eine derartige Situation bislang nicht kenne und daraus auch für die Zukunft lernen müsse. Wichtig sei nun neben der Entwicklung einer Covid-Therapie zur Behandlung der Krankheitssymptome vor allem auch die Rückschau und kritische Reflexion der vergangenen Monate.

Gunter Geiger

Angebote zur Politischen Bildung in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Eine mittlerweile über sieben Jahre andauernde erfolgreiche Kooperationspartnerschaft verbindet das Bonifatiushaus mit dem Länderbüro Hessen / Rheinland-Pfalz der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der hessischen Karl-Hermann-Flach-Stiftung. Im Rahmen zahlreicher gemeinsamer Veranstaltungen wurde in der Vergangenheit die Brücke zwischen Kirche, Gesellschaft und Politik geschlagen sowie politisch-gesellschaftliche und werteorientierte Bildungsarbeit betrieben. Prägend waren dabei stets der intensive Dialog und Austausch. Trotz aller Schwierigkeiten, die die Pandemie mit sich brachte, konnten auch im Jahr 2021 insgesamt sechs Veranstaltungen gemeinsam digital bzw. vor Ort durchgeführt werden.



 Dr. Stefam Arndt

Alter unter Berücksichtigung des medizinischen und technischen Fortschritts überhaupt noch geben werde.


Am 29. Juni stellte **Franz Meurer**, Pfarrer in einem der ärmsten Stadtteile Kölns, die Thesen seines Buches „**Glaube, Gott und Currywurst**“, seine Arbeit und sein Verständnis von Kirche vor. Gemeinsam mit dem Abgeordneten **Dr. Stefan Naas**, religionspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag sprach Meurer über Demokratie und Frauen in der Kirche sowie über das Verhältnis von Staat und Religion.

Am 14.09. konnte dann endlich auch die in 2020 pandemiebedingt abgesagte Veranstaltung zum Thema „**Wohnformen im Alter**“ in der bereits erwähnten Reihe „**ALTERNativen...**“ vor Ort nachgeholt werden. Unter der Moderation des Journalisten **Hermann Diel**, HR-Studio Fulda, diskutierte **Dr. Stefan Arend** mit **Julia Grauel** und **Jutta Stockhausen** von GEMEINSAM LEBEN – GEMEINSAM LERNEN e.V. Künzell sowie **Oliver Krah** vom Caritas-Verband für die Diözese Fulda e.V. über die Frage, wie und wo es sich ab einem „bestimmten Alter“ am besten leben ließe, welche Voraussetzungen es zu schaffen gelte und welche Faktoren die Auswahl der Wohnform bestimmten.

Die bereits in 2020 gestartete Reihe „**ALTERNativen – Chancen und Herausforderungen einer Gesellschaft des langen Lebens**“ wurde am 10. März gemeinsam mit den Referenten **Dr. Stefan Arend**, Publizist und Unternehmensberater, und **Prof. Dr. Tim Lüth**, Professor für Robotik in der Medizin und Medizingerätetechnik an der TU München, virtuell fortgesetzt.

Beim Thema „Alter 4.0“ ging es u.a. um die spannende Frage, inwieweit es zukünftig DAS



 Diskussionsrunde: „Gewalt gegen Helfer“ mit Prof. DDr. Mario Staller, Prof. Dr. Margit Christiansen und Stefan Müller

Über „**Gewalt gegen Helfer**“ sprachen am 07. Oktober **Prof. Dr. Margit Christiansen**, Studiendekanin, Fachbereich Pflege und Gesundheit an der Hochschule Fulda, der Abgeordnete **Stefan Müller**, innenpolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag sowie **Prof. DDr. Mario Staller**, Leiter des Instituts für Professionelles Konfliktmanagement in Langen. Gemeinsam erörterten sie sinnvolle Strategien gegen gewalttätige Angriffe auf Rettungskräfte, Feuerwehrleute oder Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Ob Rettungsanwärter oder Rettungsärztin, Polizistin oder Beschäftigter in der Notaufnahme – Während die Helfer bei ihren Einsätzen zum Opfer von Gewalt werden, besteht die Gefahr, dass sie langfristig abstumpfen und die Freude an ihrem Beruf verlieren. Geeignete Maßnahmen gibt es, um Gewalt und konflikträchtige Situationen zu verhindern und einzudämmen. Zunächst sei eine Entschärfung und Deeskalation sowie die Meldung und Verfolgung von Beleidigungen und Gewaltdelikten als auch die Einrichtung von Sicherheitsdiensten notwendig.

Am Dienstag, den 26.10.2021, fand ein Akademieabend zum Thema „**Desinformation und Verschwörungsmymen – erkennen, benennen und bekämpfen**“ statt.

Gezielt gesteuerte Falschinformationen und Erzählungen von der angeblichen „großen Verschwörung“ gibt es nicht erst seit der Corona-Krise. Doch durch die Verunsicherung, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie hervorrufen, scheinen sich ihnen mehr Menschen zuzuwenden. Das zeigten die Demonstrationen gegen die Corona-Einschränkungen und die Verbreitung von Erzählungen über dunkle Kräfte hinter der Pandemie in sozialen Medien und unterschiedlichen Kommunikationsplattformen

Wer sind die bestimmenden Gruppen? Welche Ziele verfolgen sie? Handelt es sich um eine berechtigte Demokratiekritik oder sind die Demonstrationen sogar demokratiegefährdend? In einer Zeit, in der Verschwörungsmymen

– nicht erst seit Beginn der Corona-Krise – offensichtlich Hochkonjunktur haben, hat sich **Volker Siefert**, freier Journalist beim Hessischen Rundfunk, intensiv mit der Frage befasst, wie sich die hier agierenden Gruppen zusammensetzen, welche Ziele sie verfolgten und inwieweit diese demokratiegefährdend seien. Wie man Desinformation und Verschwörungsmymen erkennen, benennen und bekämpfen kann, darüber sprach er mit **Jasper Barenberg**, Journalist beim Deutschlandfunk, und diskutierte seine Recherchen und Analysen mit dem Publikum.



 Volker Siefert

Manfred Casper

VOM WACHSEN DER FLÜGEL

Eine autobiografische Erzählung



Zeitzeuge und Autor **Manfred Casper** schilderte am 03. November sein Leben in der ehemaligen DDR. 1951 geboren, musste er nach einem Fluchtversuch als 18-Jähriger ins DDR-Gefängnis. Nach einem erfolgreichen Berufsleben stellt sich der Vater dreier Kinder und der vierfache Großvater heute einer Aufgabe, die ihn in seine Jugend zurückführt: das Verständnis der Menschen in Ost- und Westdeutschland füreinander zu stärken.

Dazu besuchte er auf Vermittlung des Bonifatiushauses drei Schulen in Fulda. Er hielt Vorträge und Lesungen aus seiner Autobiografie im Rahmen des Vortrags „**Freiheit um jeden Preis – Eine Stasi-Akte erzählt**“, in dessen Kontext er von seiner Entwicklung hin zu einem systemkritischen Jugendlichen berichtete, der letztlich das Land verlassen wollte und nach seiner gescheiterten Republikflucht mit 18 Jahren inhaftiert wurde.



 Manfred Casper

Gunter Geiger

9/11 – und die Geburt der Gegenwart

Anlässlich des 20. Jahrestages der Anschläge auf die Twin-Towers in New York sprach im Rahmen eines Akademieabends der Autor und Islamwissenschaftler Stefan Weidner. Weidner hatte 2021 ein vielbeachtetes Buch zum Thema geschrieben, für das er den NDR-Sachbuchpreis 2021 erhielt. Das Bonifatiushaus, die Katholische Akademie des Bistums Fulda, zeigte damit einmal mehr, wie aktuell seine Themenpalette auch im Corona-Jahr 2021 gewesen ist.

Für Weidner beginnt die Gegenwart am 11. September 2001. In den Trümmern von ‚Ground Zero‘ liegt, so Weidner, der Ursprung der Welt, in der wir heute leben: Das Ende der USA als alleinige Weltmacht, die Zweifel an universellen Werten zugunsten eigenstaatlicher Interessen, die Konfrontation zwischen ‚Westen‘ und ‚Islam‘, die verstärkte Migration und der Aufstieg von Populismus und Nationalismus, die westliche Niederlage in Afghanistan...

Die Anschläge seien, so Weidner, nur durch die wirtschaftliche und politische Globalisierung möglich geworden. Denn damit hätten sich auch andere Entwicklungen ‚globalisiert‘, so z.B. der Terror und der Islamismus. Doch die Gegensätze zwischen den islamischen Staaten und der westlichen Welt seien keine Naturgesetze. „Die Zukunft ist und bleibt für uns gestaltbar“. Wir können uns also entscheiden: „Bleiben wir im Morast von 9/11 gefangen oder befreien wir uns von den ideologischen Wurzeln der vergangenen zwei Jahrzehnte und wenden und den eigentlichen, existentiellen Herausforderungen der gesamten Menschheit zu, etwa der Bekämpfung des Klimawandels?“, so Weidner

Wie kam es zu den Anschlägen? Weidner skizzierte dazu ein Szenario, das im Kalten Krieg nach 1945 seinen Ursprung hatte. Von der Aufspaltung in ‚Ost‘ und ‚West‘ sei von Anfang an auch die islamische Welt betroffen gewesen. Auch hier hätten sich Sympathisanten beider Lager gebildet. Amerika habe das ‚konservative Lager‘ unterstützt: Die Religion des Islam, die Staaten, die feudalistisch von einzelnen Herrschern regiert wurden. Neues und progressives Denken (z.B. auch die Frage nach den Rechten der Frauen) sei eher im sozialistischen Lager anzutreffen gewesen. Primäres Ziel Amerikas sei die Sicherung der Erdölvorräte gewesen.

Durch den dann beginnenden Krieg in Afghanistan sei der Konflikt in der islamischen Welt gleichsam ‚explodiert‘, so Weidner. Nachdem die Sowjets einmarschiert waren, unterstützten die USA und Saudi-Arabien die Taliban, die Widerstandskämpfer gegen die Sowjetunion. Im Rahmen dieser Entwicklung sei auch der Saudi Osama Bin Laden nach Afghanistan gekommen, der Gründer der Terrororganisation al Quaida. Nach der Vertreibung der Sowjets habe sich Osama Bin Laden dem Kampf gegen Amerika gewidmet in der Hoffnung, damit die islamische Welt zu einen. Von Beginn an sei dies ein politisch motivierter Islamismus gewesen, der allenfalls religiös aufgeladen war. Im Zuge der Auseinandersetzung sei es zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gekommen, so Weidner.

Welche Folgen haben die Anschläge gehabt?, fragte Weidner weiter: Amerika habe nach der Vertreibung der Taliban aus Afghanistan versäumt, eine wirkliche Reform des Lan-

des durchzuführen. Man habe einfach ausgeharrt, bis 2021 Afghanistan aufgegeben worden und dann wieder binnen kürzester Zeit in die Hände der Taliban gefallen sei. Tragisch war nach Weidner für Amerika vor allem, dass der Kampf in Afghanistan nicht als konkrete Auseinandersetzung, sondern als Kampf gegen eine universelle Bedrohung aufgefasst wurde, in den dann auch andere Staaten, z.B. der Irak, hineingezogen worden seien. Viele Staaten seien in einen generellen Verdacht geraten, Sympathisanten zu sein, was der Solidarität der internationalen Staatengemeinschaft sehr abträglich gewesen sei.

Mit der Aufgabe Afghanistans 2021 sei der Krieg für Amerika verloren. Zwar gehe hier – so Weidner – eine Epoche zu Ende, aber bis dato habe Amerika und die Welt keine neuen Perspektiven für die zukünftige Gestaltung der Weltgesellschaft entwickelt. Erst durch den Präsidentenwechsel in Amerika und die klimatischen Katastrophen des Jahres 2021 komme langsam wieder so etwas wie eine gemeinsame Behandlung der Klimafrage in den Blick – eine Entwicklung, die durch die Anschläge von 2001 20 Jahre lang verhindert worden sei.

Welche Kriterien sollen für eine Gestaltung der Zukunft der Weltgesellschaft gelten?, fragte Weidner zum Abschluss. Als Leitfaden und Orientierung empfiehlt er ein kosmopolitisches Gedankenexperiment auf Grundlage der Gerechtigkeitsvorstellungen von John Rawls. In der Entwicklung von Gleichheit und Gerechtigkeit auf der Welt, gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft, soll die Welt geleitet sein von der Vorstellung einer Partizipation aller an der Weltgestaltung „unter dem Schleier der Unwissenheit über den sozialen Status der Beteiligten“, so formuliert Weidner in Anlehnung an Rawls. Als Erweiterung der Rawlsschen Vorstellungen im Hinblick auf globale Ungleichheiten und der Verschiedenheit globaler Wertvorstellungen schlug Weidner vor, im Gedankenexperiment von der Idee einer ‚Wiedergeburt nach dem Zufallsprinzip‘ auszugehen. Erst wenn weltpolitische Entscheidungen von der Idee geleitet sein würden, dass kein Mensch wissen können, wo und wie auf der Welt er wiedergeboren würde, würden sich alle um den Zustand der gesamten Welt bemühen und nicht nur um das ‚Wohlergehen des eigenen Horizonts‘. Dies sei natürlich nur ein Hineinversetzen in ein Gedankenexperiment als Maßstab und Orientierungshilfe bei weltpolitisch relevanten Entscheidungen.

Ein insgesamt gelungener Vortrag unter Beteiligung von präsentisch Teilnehmenden und der Möglichkeit, sich das Ganze via youtube anzuschauen – wovon über 200 Interessierte Gebrauch gemacht haben.

Burkhard Kohn

9/11 und die Geburt der Gegenwart

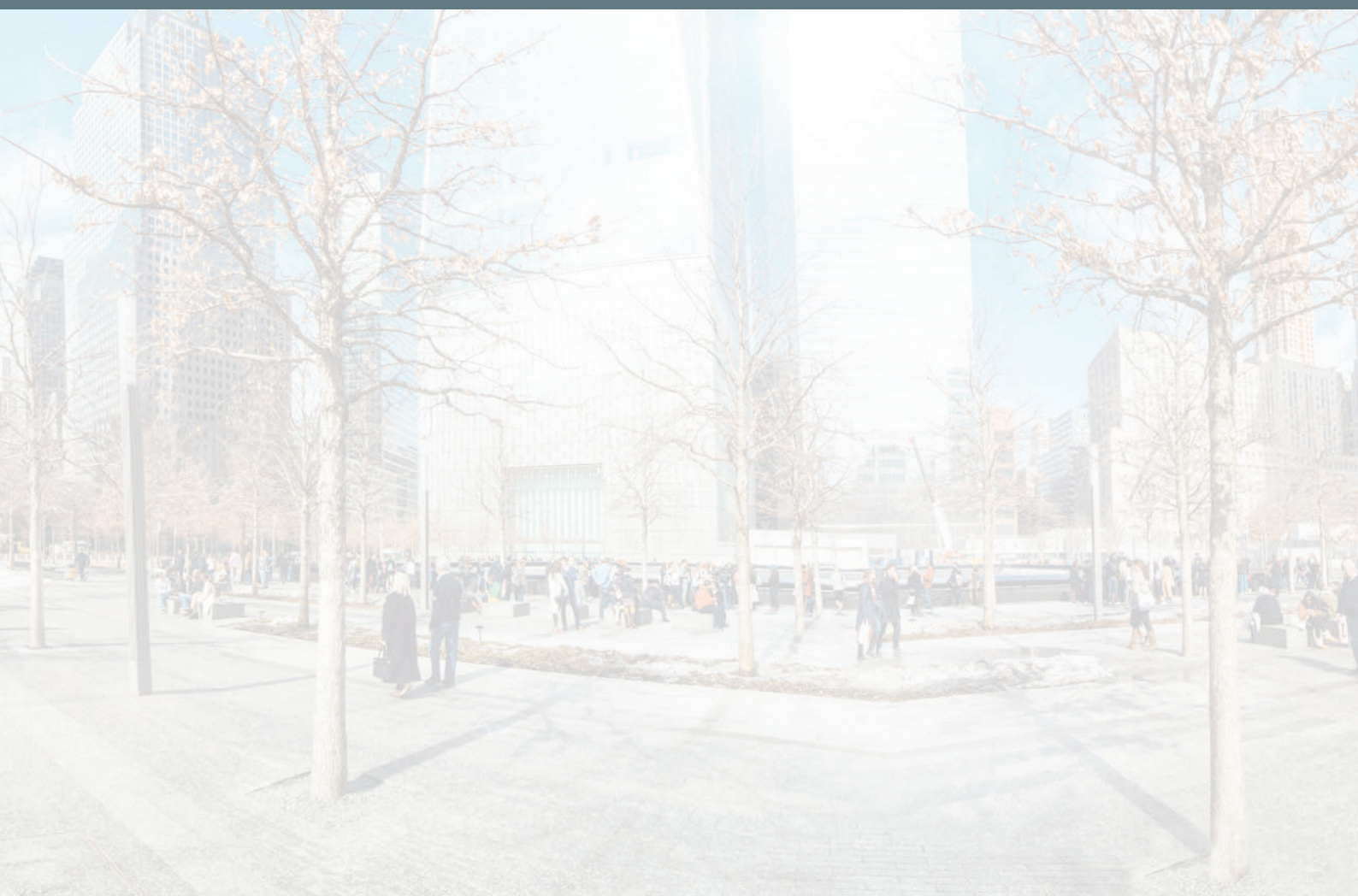
20 Jahre nach dem Anschlag
Rückblick und Ausblick

Akademieabend mit Stefan Weidner

Montag, den 13. September 2021
im Bonifatiushaus Fulda

STEFAN WEIDNER

GROUND ZERO



Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Kooperation mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. Sektion Fulda

Trotz massiver Corona-bedingter Einschnitte im Programm konnte das intensive Vortragsangebots in erfolgreicher Kooperation mit der Fuldaer Sektion der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) und deren Sektionsleiter Herrn Michael Trost fortgesetzt werden. In „reinen“ Online-Akademieabenden einerseits aber auch Hybrid-Veranstaltungen (Präsenz-plus Online-Angebot) andererseits konnte die schwierige Corona-Phase kreativ gemeistert werden.



Dr. Marc-Michael Blum

Der Biochemiker Dr. Marc-Michael Blum legte am 24. Februar 2021 unter dem Titel „Novitschok im Tee? Chemische Kampfstoffe als politisches Mittel“ gleich zu Beginn des Abends die positive Botschaft dar, dass sowohl Amerikaner als auch Russen erkannt hätten: Chemische Waffen (C-Waffen) bringen keinen militärischen Nutzen. Für beide Großmächte hätten die beachtlichen Arsenale alternder Bestände logistisch wie finanziell eine „Bürde“ dargestellt.

Wie „hochaktuell“ das Vortragsthema trotz gewandelter militärischer Sicht dennoch ist, hatte zu Beginn des Akademieabends Sektionsleiter Michael Trost mit Verweis auf die Novitschok-Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexei Nawalny unterstrichen. Blum, der langjährige Leiter des Labors der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) in Den Haag und Leiter des OPCW-Teams zur Untersuchung des Falls Skripal in Großbritannien, skizzierte in einem Rückblick die Historie der C-Waffen: von deren Entwicklung gegen Ende des 19. Jahrhunderts, den großflächigen Einsatz der Stoffe wie Chlorgas, Senfgas, Sarin und Soman im Ersten Weltkrieg bis hin zum weitgehenden Verzicht aus „Angst vor Vergeltung“ während des Zweiten Weltkriegs (Ausnahme: Japans Einfall in China) und den „größten Einsatz im Iran-Irak Krieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“. Das Ende des „Kalten Krieges“ habe den entscheidenden Wandel hin zum Abbau der gewaltigen Arsenale eingeläutet. 1993 sei deshalb in Paris das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) verabschiedet worden. 193 Staaten hätten sich darin



Diskussionsrunde v.l.n.r. Michael Trost, Gunter Geiger, Dr. Marc-Michael Blum

für ein komplettes Verbot von C-Waffen ausgesprochen. Lediglich Israel, Ägypten, Südsudan und Nordkorea seien dem Übereinkommen nicht beigetreten. Seither gilt: C-Waffen sind zu deklarieren und zu vernichten.

Dennoch bleibt die Frage: Wem nützt der Einsatz von C-Waffen? Während ihre ursprüngliche militärische Bedeutung bestenfalls nachrangig geworden ist, werden C-Waffen aktuell in Form von Nervengiften bei Einzeloperationen eingesetzt oder sie dienen Sabotagezwecken. Gerade ungeschützte Gruppen seien vorrangiges Ziel solcher Anschläge, wie beim Sarin-Giftgasanschlag der „Aum“-Sekte 1995 in Tokio U-Bahn oder im nachgewiesenen Einsatz von Chemiewaffen durch die syrische Armee in der Bürgerkriegsregion Ghuta oder der Stadt Chan Schaichun. Auch der so genannte Islamische Staat habe nachweislich Senfgas auf kurdischem und syrischem Gebiet eingesetzt. C-Waffen sind aus Blums Sicht „eher eine politische Waffe“ geworden. „Sie bleiben für besondere Einsatzfälle interessant, nicht mehr in kriegerischen Auseinandersetzungen.“ Mit Beispielen wie dem Giftmord am Halbbruder des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-un, untermauerte Blum weiterhin seine These. Kim Jong-nam sei in Kuala Lumpur mit dem Nervenkampfstoff VX ermordet worden. Eindeutig sei es hier um die „Message“ Nordkoreas gegangen: „Niemand ist sicher.“

Ein Nervengift war ebenso im Fall des russischen Doppelagenten Sergei Skripal und seiner Tochter Julija Auslöser dafür, dass beide auf einer Parkbank im englischen Salisbury kollabierten. Im Fall Andrei Nawalny sei es „wohl nicht der Tee gewesen“, der ihn vergiftet habe. Gleich drei Labore hätten einen Stoff aus der Novitschok-Klasse (in der ehemaligen Sowjetunion ursprünglich entwickelter Kampfstoff) als Ursache der Vergiftung entlarvt. „Auf alle Fälle ist es ein Nervenampfstoff gewesen“, betonte Blum, der den bisherigen Ein-

satz der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen als Erfolg bewertet. Dank der OPCW seien die meisten C-Waffen vernichtet worden. „Ich sehe die Zukunft positiv“, urteilte der Experte. Ziel müsse es sein, den Einsatz von C-Waffen weiterhin nachzuweisen, die Verantwortlichen zu ermitteln und dingfest zu machen.

„Amerikas „neue“ Außenpolitik unter Biden – Auswirkungen auf die NATO, EU und die Welt“

Geradezu in einem geopolitischen Parforceritt analysierte Dr. Josef Braml am 24. März ebenso eloquent wie unmissverständlich Ziele und Folgen US-amerikanischer Politik unter Präsidenten wie Barack Obama und Donald Trump bis hin zu seinem Nachfolger Joe Biden. Bei dem Akademieabend über „Amerikas ‚neue‘ Außenpolitik unter Biden – Auswirkungen auf die NATO, EU und die Welt“, betonte der USA-Experte im Fuldaer Bonifatiushaus, Trump sei „kein Unfall der Geschichte“ gewesen, „sondern vielmehr Folge von etwas Tieferem“. Bereits unter Amtsvorgänger Barack Obama hätten sich Amerikas zunehmende soziale und wirtschaftliche Probleme abgezeichnet. Die Folge war klar: Das Land könne seine Funktion als „westliche Ordnungsmacht“ nicht mehr aufrechterhalten. Während Trump „in einer Welt gelebt hat, in der Staaten keine Freunde, sondern nur Interessen hätten“, vertraue sein Nachfolger hingegen wieder auf Allianzen. Joe Biden werde versuchen, die „regelbasierte Ordnung aufrechtzuerhalten“. Aber auch unter dem amtierenden US-Präsidenten werde „nicht alles besser.“ Mit seinen Bewertungen erfüllte der Referent gleich zu Beginn das Versprechen von GSP-Sektionsleiter Michael Trost: Braml stehe für „wohltuend kurze, aber inhaltsreiche Analysen der US-Politik“ – nicht zuletzt auch auf seinem Internet-Blog. Akademie-Direktor Gunter Geiger hatte Braml zuvor als „absoluten Amerika-Kenner“ eingeführt.

Auf der Kooperationsveranstaltung (in Präsenz und via Zoom) der GSP sowie der Akademie des Bistums Fulda ließ Braml keinen Zweifel daran, dass der Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik ihren Preis habe: „Auch Biden wird Druck auf Deutschland ausüben.“ „Von uns [werde erwartet] mehr amerikanisches Freiheitsgas, statt russischem Pipeline-gas zu kaufen.“ Gleichzeitig hob Braml hervor, US-Präsident Biden setze wieder verstärkt auf Amerikas Alliierte, weil er genau wisse, wozu er sie braucht, nämlich „um sie gegen Russland in Stellung zu bringen.“ Zuviel Druck treibe die Russen allerdings



Dr. Josef Braml

in die Arme Chinas.“ Und gerade darin sieht der außenpolitische Experte eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Denn: „Die große Auseinandersetzung des 21. Jahrhunderts ist die zwischen den USA und China.“ Das werde Europa, Deutschland und auch die heimische Region zu spüren bekommen.

Heute sei es die „Künstliche Intelligenz“ und „Big Data“, Gebiete, auf denen sich China anschicke, die Amerikaner zu überholen. In dieser Rivalität könnten die USA einen „ähnlichen Schock“ erleiden, wie beim Sputnik-Schock in den 50er Jahren. Für Deutschland sei in dieser globalen Betrachtung die Debatte um den Ausbau des sog. 5G-Netzes (schnelle Datenübertragung) mit dem chinesischen Anbieter Huawei eine ganz entscheidende Frage. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mit Blick auf die militärische Überlegenheit und Dominanz Chinas. Braml ist sich in diesem Zusammenhang sicher, dass Deutschland „Farbe bekennen“ und auf ein 5G-Netz mit Huawei als Ausbaupartner verzichten müsse. Von den Folgen einer solchen Entscheidung – einer wirtschaftlichen Gegenreaktionen Chinas also – würden zweifellos auch Unternehmen in der heimischen Region betroffen sein wie beispielsweise Zulieferer der Automobilindustrie, glaubt der Politikexperte.

Braml sieht zudem ein weiteres Gefahrenpotenzial: „Solange wir uns kein einsatzfähiges Militär leisten, müssen wir unseren Tribut zollen.“ Was im Klartext bedeutet: auf Geschäfte mit China zu verzichten – wie im Fall des 5G-Netzausbaus mit Huawei – um nicht erpressbar zu werden. Denn Amerika werde versuchen, Lasten, die es selbst nicht mehr tragen kann (und will), auf andere zu übertragen. „Trittbrettfahrer wie Deutschland“ können sich die USA nicht mehr leisten. Das gelte insbesondere im Hinblick auf die Bundeswehr, die „kaputtgespart“ worden sei. Aufgrund dieser Entwicklung sei Deutschland „erpressbar durch die Schutzmacht“ geworden. Bramls ernüchterndes Fazit: „Leider leben wir immer noch in einer Traumwelt, obwohl sich die Welt verändert hat.“

„Die Corona-Krise und ihre Folgen“

Mitte Juni gelang uns mit einer weiteren Präsenz- und Onlineveranstaltung ein Beitrag zur Analyse der pandemischen Corona-Lage zu leisten. „Einerseits enorme Staatsschulden weltweit, soziale Verwerfungen, eine überforderte Gesund-




Diskussionsrunde v.l.n.r. Michael Trost, Gunter Geiger und PD Dr. John Zimmermann

heitsinfrastruktur, einen verstärkten Gegensatz von arm und reich, andererseits aber auch die gewachsene Bereitschaft global enger zusammenzuarbeiten“ war das Fazit von PD Dr. habil. Markus Kaim, Senior Fellow der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, der an dem Akademieabend: „Die Corona-Krise und ihre Folgen“ einer weiteren Kooperationsveranstaltung der Fuldaer Sektion für Sicherheitspolitik (GSP) mit der Akademie des Bistums im Fuldaer Bonifatiushaus, die Lage analysierte.

Das Interview mit Kaim, das der Pressereferent der Fuldaer Sektion für Sicherheitspolitik, Michael Schwab, vor dem Vortrag geführt hat, finden Sie hier im Wortlaut:

Was war wirklich der Auslöser der Corona Pandemie und warum tut man sich so schwer, die Wahrheit zu benennen? Was der Auslöser gewesen ist, wissen wir konkret noch immer nicht. Es gibt widerstreitende Thesen. Eine besagt, dass der Ursprung der Tiermarkt in Wuhan gewesen sei. An dieser These hält die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am ehesten fest. Daneben gibt es die Theorie, dass das Virus letztlich in einem chinesischen Labor entstanden, gezielt gezüchtet worden und außer Kontrolle geraten sei. Die WHO hat die These vom Labor erst einmal zurückgewiesen. Die Frage des geographischen Ursprungs, also wo und wie ist das Virus entstanden, ist hochgradig politisiert worden. Der letzte amerikanische Präsident hat mit den Wort-Variationen „Kung-Fu-Virus“ oder „Wuhan-Virus“ gespielt. Diese Begriffe sind gezielt eingesetzt worden zur Verächtlich- und Verantwortlich-Machung Chinas. Die Chinesen weisen dies explizit zurück. Gerade in dieser so geopolitisch aufgeladenen Lage ist deshalb niemand bereit, sozusagen der Wahrheit ihren Weg zu lassen. Teile der chinesischen Führung behaupten sogar, das Virus sei in den USA entstanden und in einem Labor außerhalb Washingtons gezüchtet worden. Ich glaube, die Antwort wird im Dunklen bleiben, weil damit auch die Frage nach Verantwortung einhergeht. Wenn die Weltgesundheitsorganisation auf China zeigen würde und nachweisen könnte, dass die chinesischen Behörden ihrer



 Dr. habil. Markus Kaim

Aufsichtspflicht nicht nachgekommen wären, dann stünde nicht nur die Frage nach Reparationsforderungen im Raum, sondern das chinesische Modell würde diskreditiert werden. Das erklärt vielleicht auch, warum die Chinesen sich in diesem Punkt so sperrig verhalten.

Was haben die Chinesen anders gemacht als der Rest der Welt?

Es gibt die Theorie, dass autoritären oder autokratischen Systemen mehr Mittel zur Verfügung gestanden hätten mit der Pandemie umzugehen als es Demokratien getan hätten. Diese These teile ich explizit nicht. Ein Gegenbeispiel ist Russland, wo die Pandemie weitgehend außer Kontrolle geraten ist. Ich glaube, die Frage Autokratie oder Demokratie ist nicht der Schlüssel, um zu verstehen, ob ein System besser oder schlechter mit einer Pandemie umgeht. Ich glaube einer der Schlüssel zum Verständnis ist der hochgradige Einsatz von Technik, künstlicher Intelligenz, Informations- und Gesichtserkennungssoftware, die sog. „Big Data“, also riesige Datenerhebungen, wie es sie im Übrigen auch in Israel gegeben hat. Das scheint mir bei den Ländern, die die Lage sehr schnell in den Griff bekommen haben, ein entscheidender Baustein gewesen zu sein. Der zweite Baustein, der aber auch nichts mit der Frage des Systems zu tun hat, ist die Entschlossenheit und Schnelligkeit, das eigene Land zu isolieren. Da denke ich zum Beispiel an ein Land wie Australien. Im Gegensatz dazu ist das Wehklagen des Frühjahrs 2020 augenfällig: „Ihr dürft die europäischen Grenzen im Schengen-Raum nicht schließen“. Diesen Punkt würde ich, um Gesundheitsminister Spahn zu zitieren, noch einmal kritisch reflektieren, ob dieser Weg nicht vielleicht doch der bessere gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund muss man sogar für Donald Trump eine Lanze brechen Denn Ende Januar letzten Jahres haben die Amerikaner alle Flüge aus China gestoppt. Man ahnte in den USA offenbar, dass es besser wäre, das eigene Land vom internationalen Reiseverkehr abzuriegeln. Leider haben die Amerikaner dies dann nur halbherzig und nicht konsequent genug umgesetzt.

Welche Schäden (sozial, auf Bildungsebene, wirtschaftlich bis hin zur Infrastruktur und den rasant gestiegenen Staatsschulden) sind entstanden?

Die Notwendigkeit von Staatsschulden ist unbestritten, um sich damit Handlungsspielräume zu eröffnen. Ich zweifle nicht daran, dass die Schulden zurückgezahlt werden. Wenn die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie spürbar werden und es zum Kassensturz ~~kommen werden~~ ^{geführt werden} die Handlungsspielräume von Bund und Ländern jedoch in den nächsten Jahren erst einmal geringer werden. Dann wird die Frage im Raum stehen, was wir uns noch leisten können und wollen. Es wird priorisiert werden müssen. Interessant wird sein, zu welcher Priorisierung die Politik oder die Gesellschaft in Deutschland kommen. Zum Beispiel: Ob der Anstieg des Verteidigungshaushalts der letzten Jahre so linear weitergehen wird. Oder ob wir das Zwei-Prozent-Ziel der Verteidigungsausgaben trotz der politischen Bekundungen erreichen werden. Das wage ich zu bezweifeln. Und: Ob wir uns jede soziale Wohltat, die der Sozialstaat bereithält, in Zukunft noch leisten können. Auf alle Fälle werden die Handlungsspielräume enger werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sehen wir noch gar nicht wirklich. Aber es gibt Mutmaßungen: Der Bundesverband des Einzelhandels geht von rund 70.000 Pleiten aus. Das ist die Boutique ebenso wie der kleine Schuhladen in Fulda. Was sich aufgrund der ausgesetzten Schulpflicht in den Familien abgespielt hat, können wir nur erahnen. Abgespielt im Sinne von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern aufgrund prekärer Verhältnisse und Lebens-

umstände. Mich hat ein Bericht bedrückt, den ich von einer Mainzer Kinderambulanz gesehen habe. Die zuständige Chefarztin berichtete, sie habe seit Wochen keine Fälle miss-handelter Kinder mehr gesehen. Es wäre aber widernatürlich zu vermuten, dass Kinder nicht mehr geschlagen werden. Wir sehen es einfach nicht mehr, weil sie nicht zur Schule gehen, nicht zur Kita gehen, die Lehrer und Kindergärtnerinnen nicht intervenieren können. Es ist niemand da, der sagt, da ist ein Kind auffällig, da müsste das Jugendamt hinzugezogen werden. Eine ebenfalls völlig unbekannte Größe ist der Verlust an Bildung. Die Folgen für die internationale Politik, also die sozialen Verwerfungen und wirtschaftlichen Folgen, sind im Gegensatz dazu offensichtlicher.


Stichwort Krisenpläne – warum ist eine bereits seit 2017 quasi vorliegende „Covid-Pandemie Blaupause“ des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) als gemeinsame Risikoanalyse mit dem Robert-Koch Institut nicht angewendet worden?

Da würde ich die Politik in Schutz nehmen wollen. Die Prioritäten in der deutschen Politik im Frühjahr 2020 lagen woanders: Ärger mit Donald Trump, Ostukraine-Krise, außenpolitisch weiterhin Afghanistan, Mali. Das sind die Hotspots der letzten Jahre. Da haben Krisenpläne einfach keine Priorität genossen. Ein erfreulicher Ansatz ist jedoch bereits erkennbar: Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) soll künftig aufgewertet und besser wahrgenommen werden. Ob das die nächste Krise besser bewältigen hilft, wage ich nicht zu beurteilen. Zumindest ist die Aufwertung des Amtes ein Indiz dafür, dass das System lernfähig ist. (Anm.: Immerhin neun Millionen Deutsche tragen das BBK schon in ihrer Hosentasche: Sie haben die Warn-App „NINA“ heruntergeladen. Die warnt nicht nur vor Hochwasser oder Unwettern, sondern bringt auch Informationen zum Infektionsgeschehen und die lokal aktuell geltenden Corona-Regeln aufs Handy).

Welche Zukunft erwartet uns – mit oder irgendwann auch ohne Corona?

Man kann das Argument anführen, dass nach den dunklen Jahren der mangelnden internationalen Kooperation unter Donald Trump die Pandemie uns deutlich gemacht hat, dass globale Kooperation notwendig ist. Das sehen wir beispiels-



 Dr. John Zimmermann


weise in der Wiederaufwertung der Weltgesundheitsorganisation. Die USA unter Präsident Biden sind wieder Mitglied geworden. Das sehen wir deutlich aber auch in der Bereitschaft der Partner des G7- Treffens die Covax-Initiative der WHO zu unterstützen und ärmeren Ländern im globalen Süden Impfstoffe zur Verfügung zu stellen. Darin spiegelt sich ein Bewusstsein für Kooperation wider, die angesichts dieser globalen Herausforderungen nicht nur sinnvoll und angemessen, sondern auch geboten ist. Vielleicht werden wir auf die Pandemie in der internationalen Politik künftig zurückschauen und sogar sagen: Das war ein Kooperationskatalysator! Ob wir wirklich zur Normalität zurückkehren werden? Das wird sich zeigen. Feststeht: Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Bemerkens- und bewundernswert ist jedoch, dass Pharmafirmen durch gemeinsame Anstrengungen Impfstoffe gegen eine Krankheit wie Covid-19 so schnell und effizient entwickelt und dazu auch noch milliardenfach produziert haben. Das stimmt mich doch sehr zuversichtlich. Welche Herausforderung sollte uns eigentlich dann noch schrecken, wenn wir Covid-19 durch den menschlichen Erfindergeist in die Knie zwingen können.

„80 Jahre Unternehmen ‚Barbarossa‘“

Am 22. Juni 2021, dem 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, der allein auf russischer Seite 27 Millionen Menschenleben kostete, ließen wir diesen Tag nicht vorübergehen, ohne an die Tragödie zwischen unseren beiden Völkern zu erinnern, indem OTL PD Dr. John Zimmermann, leitender Militärgeschichtler am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam, schonungslos zu „80 Jahre Unternehmen ‚Barbarossa‘“ – Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion und der Beginn des Vernichtungskrieges, sprach.

Die Wahrheit, was mit dem Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion über ihre Bevölkerung am 22. Juni 1941 hereinbricht, ist schlimmer als die schlimmsten Horror-Szenarien. Als deutsche Soldaten unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ die Grenze des annektierten Polen Richtung Osten überschreiten, beginnt ein in der Geschichte nie dagewesener Vernichtungsfeldzug. Mit fast 27 Millionen toten Soldaten und Zivilisten allein auf sowjetischer Seite



 Blick in den großen Saal während des Akademieabends: „80 Jahre Unternehmen ‚Barbarossa‘“



 V.l. Gunter Geiger, Rüdiger Lüdeking, Helmut Ganser, Michael Trost

und rund 3,8 Millionen gefallenen Deutschen. Schonungslos offen beleuchtet Oberstleutnant Zimmermann das Grauen dieser entscheidenden Phase des Zweiten Weltkriegs und zeichnet ein in Worten kaum fassbares Bild des sog. deutschen „Russlandfeldzugs“ nach.

GSP-Sektionsleiter Michael Trost wie auch Gunter Geiger, Direktor des Bonifatiushauses, sind sich einig, wie wichtig das Vortragsthema nicht nur historisch betrachtet ist. Die große Resonanz auf die Kooperationsveranstaltung von GSP und der Akademie des Bistums belegt die hohe Aktualität. Erfreulich ist aus Sicht der Referenten: Einige Soldaten sind unter den Zuhörern. Ein Beleg dafür, „dass man sich der Geschichte stellt“, so freut sich Zimmermann, um dann mit reichlich Quellenmaterial die furchtbare Wirklichkeit dieses Krieges zu schildern. Was mit dem „Unternehmen Barbarossa“ (übrigens eine Anspielung auf den deutschen Kaiser Friedrich I. und seinen Kreuzzug gegen die „Ungläubigen“) beginnt, hätten viele wesentlich frühzeitiger erkennen, ja sogar nachlesen können. Schon in „Mein Kampf“ habe Hitler „glasklar beschrieben, was er will. Er will Land für ein Volk ohne Raum gewinnen.“ Mit der geheimen Weisung 21 vom 18. Dezember 1940 an das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) wird aus dieser Vision brutale Wirklichkeit.

Mit einer Auswahl an Textdokumenten und Bildern untermauert Zimmermann die verbrecherische Zielsetzung der Wehrmacht. In einer Geheimen Anweisung des Chefs des Stabes der Seekriegsleitung, Admiral Kurt Fricke, an die Gruppe Nord (General-Admiral Carls) über die Vernichtung der Stadt Leningrad vom 29. September 1941 heißt es wörtlich: „II. Der Führer ist entschlossen, die Stadt Petersburg vom Erdboden verschwinden zu lassen.“ Erich Hoepner, Oberbefehlshaber der Panzergruppe 4, spricht voll zynischem Pathos davon: „... Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum [...] Dieser Kampf muss die Zerstörung des heutigen Russlands zum Ziel haben [...] Jede Kampfhandlung muss in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein...“ Kaum anders klingt es aus dem Mund von Hermann Hoth, Oberbefehlshaber der 17. Armee am 17.11.1941: „Der Ostfeldzug muss anders zu Ende geführt werden als der Krieg gegen die Franzosen [...] Jede Spur aktiven oder passiven Widerstandes

oder irgendwelche Machenschaften bolschewistisch-jüdischer Hetzer ist sofort erbarmungslos auszurotten.“ Aber es gibt auch die anders denkenden Militärs, wie etwa der spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker, die nicht einfach nur gehorchen: „Einmal kam ein Befehl von oben, wir sollten keine Gefangenen machen. Ich erinnere mich noch lebhaft an unsere Empörung über diesen Quasi-Mordbefehl, den wir vom Regimentsstab aus – ich war damals Regimentsadjutant – nicht weitergaben und der, soweit mein Überblick reichte, bei uns auch nirgends angewendet wurde.“ Aufschlussreich sind auch die Aufzeichnungen des militärischen Leiters der Abteilung II im Amt Ausland/Abwehr des OKW, Oberstleutnant Erwin Lahousen, vom 31.10.1941: „Die 6. Armee unter dem Oberbefehl von Generalfeldmarschall von Reichenau hat Befehl gegeben, dass alle schlapp machenden Kriegsgefangenen zu erschießen sind. Bedauerlicherweise wird dies an der Straße, selbst in Ortschaften vorgenommen, sodass die einheimische Bevölkerung Augenzeuge dieser Vorgänge ist. Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörungen sind seiner unwürdig. Kriegsgefangene dürfen nicht misshandelt oder beleidigt werden.“ Lahousen zählt später zum militärischen Widerstand gegen das NS-Regime. Ab dem 30. November 1945 sagt er in Nürnberg im Rahmen des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher als einziger Kronzeuge der Anklage aus. „Ich muss aussagen für alle, die sie ermordet haben...“, bekennt der Offizier. Der Vernichtungskrieg im Osten sei, wie Zimmermann weiter ausführt, von Anfang an mit dem Holocaust verbunden gewesen. Außerdem seien Massenvernichtungswaffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt worden. „Inzwischen weiß ich, der Zweite Weltkrieg ist noch längst nicht ausgeforscht. Wir müssen noch ganz, ganz viel Arbeit leisten.“

Im „Unternehmen Barbarossa“ sieht Zimmermann den „Start Deutschlands in den Weltkrieg“.

Alle Kampfhandlungen zuvor seien „kontinentalpolitische Geschichte.“ Spätestens mit dem Überfall auf die Sowjetunion habe sich „der Krieg zum Weltkrieg mit ganz anderen Dimensionen“ entwickelt. Die anfangs zurückhaltenden Briten verbündeten sich mit den Sowjets. Die erste gemeinsame Aktion ist die Besetzung Irans, um die Sowjetunion durch die Sicherung von Erdölreserven zu unterstützen. Ein Vorgehen, das bis heute nachwirkt. Das „Unternehmen Barbarossa“, so das Urteil des Referenten, habe im Grunde 1942 mit der Niederlage in der Schlacht um Moskau sein Ende gefunden. Obwohl das strategische Ziel, Moskau zu erobern, fehlgeschlagen ist, wird dennoch weiter Krieg geführt. „Warum“, so fragt Zimmermann, „hat man daraus keine Konsequenzen gezogen?“ Während Hitlers Wirtschaftsberater die Besetzung der Ukraine und der kaukasischen Erdölfelder für strategisch wichtig und kriegsentscheidend halten, „haben die Militärs anders gedacht und geglaubt, mit der Besetzung Moskaus das morsche kommunistische System zu Fall zu bringen.“ Quintessenz aus Zimmermanns Sicht: „Ein Krieg wird geführt, der nicht zu gewinnen ist. Und das obwohl man es wusste. Das wirft ein schlechtes Licht auf das Militär.“ Seinen Vortrag im Bonifatiushaus nutzt der Potsdamer Forscher zugleich, um die häufig geäußerte These eines deutschen Präventivkrieges gegen Stalins Sowjetreich klarzustellen. „Niemand in der Sowjetunion hatte vor, Deutschland zu

überfallen. Hitler wollte diesen Krieg.“ Dieser wird tatsächlich als einziger als Blitzkrieg mit Panzerspitzen geplant, um auf einer Frontlinie von fast 2.000 Kilometern in die Sowjetunion vorzustoßen. Von einer Wehrmacht, deren Masse laut Zimmermann allerdings hauptsächlich „zu Pferden und zu Fuß unterwegs war und deren Panzer schnell abgenutzt waren.“ Nicht etwa durch Feindeinwirkung, sondern weil die Fahrzeuge technisch ausgefallen sind. Das habe den Feldzug von Anfang an beeinträchtigt. Wie auch der Umstand, dass der deutsche Fuhrpark aus sage und schreibe 153 verschiedenen Lkw-Typen bestanden habe. „Da musste man einfach scheitern. Die Wehrmacht hat sich buchstäblich zu Tode gesiegt. Nicht zuletzt dadurch, dass die Verluste während des ganzen Krieges nicht mehr ersetzbar waren.“ All die menschlichen

rische Kommunikationskanäle (zu Russland) aufgebaut werden müssen“, die es bislang nicht gibt.

Sowohl Lüdeking als auch Ganser ließen keinen Zweifel daran, wie wichtig gerade für Deutschland ein „belastbares Verhältnis mit Russland“ ist. Das „passive Fahren im NATO Geleitzug“ reiche nicht aus, unterstrich Lüdeking und sprach sich gleichzeitig dafür aus, dass die künftige deutsche Regierung eine hochrangige Initiative entwickeln, sondieren und einbringen solle mit Frankreich oder gegebenenfalls anderen NATO-Partnern. Ziel müsse die Rückkehr „zur stabilen Sicherheitspolitik mit Russland“ sein, die „in unserem eigenen nationalen Interesse liegt.“ Außerdem plädierte er für eine „Stärkung der NATO“. Ferner müsse die EU zu einem „neuen Zusammenhalt finden“, um den geänderten geopolitischen Rahmenbedingungen begegnen zu können.

Dialog, Kooperation und Entspannung im Verhältnis zu Russland müssten vorangetrieben werden wie auch der Ausbau der zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Präsident Wladimir Putin klammere sich an die Macht und versuche sie durch Repression zu erhalten. Als zunehmend problematisch erweist sich aus Lüdeking's Sicht, dass Russland „nicht den Sprung zu einer voll entwickelten Industriemacht geschafft“ habe. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass Russland unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden werde. „Das ist ein Herd der Instabilität.“ Die NATO-Erweiterung nach Osten sei aus russischer Perspektive ein weiteres Problemfeld.

Einen Aspekt, den der ehemaligen Bundeswehrgeneral Ganser mit der Bemerkung aufgriff, sei die Tatsache, dass die Entfremdung zwischen den NATO-Staaten und Russland in unterschiedlichem Maße gewachsen sei.

Verluste, all das Leid und die Verbrechen hätten nicht sein müssen. „Man hätte viel früher reagieren müssen, als man bereits wusste, was geplant war“, lautet rückblickend Zimmermanns nur allzu konsequentes Fazit.

„Die Rolle Russlands und die Russlandpolitik des Westens“

Am 28.09.21 fand nach dem Akademieabend mit Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking und Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser, die Eröffnung der Ausstellung „Postsowjetische Lebenswelten“, statt.

Der gemeinsame Akademieabend der Akademie des Bistums Fulda und der Fuldaer Sektion der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) konnte aufgrund des Ukraine-Konflikts, der Diskussionen um Nord Stream Zwei und nicht zuletzt der Krim-Annexion kaum aktueller sein. Konfrontation und Ausgrenzung markieren gegenwärtig das Verhältnis des Westens zu Russland. Wie sehr sich die Öffentlichkeit für die weitere Entwicklung der einstigen Supermacht – insbesondere unter sicherheitspolitischen Aspekten – interessiert, bewies die große Resonanz vor Ort und im „Netz“. Für den Akademieabend: „Die Rolle Russlands und die Russlandpolitik des Westens“, konnten mit Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking und Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser nicht nur zwei Kenner mit großer Expertise „an wichtigen Schnittstellen zwischen Politik und Militär“ bei den Vereinten Nationen und der NATO zu gewonnen werden, sondern zugleich zwei präzise Analysten. Beide Referenten sprachen sich nachdrücklich für den Dialog mit Russland aus und forderten, dass „politische und militä-

Während Süd- und Westeuropäer eine mögliche Bedrohung für das Bündnis im Süden sehen, präge die östlichen NATO-Partner ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber den Russen. Der Zusammenhalt im Bündnis sei deshalb schwieriger geworden. Hinzu komme die Schwerpunktverlagerung der USA auf den Indo-Pazifik-Raum.

Nur den Dialog mit Russland zu führen, reiche deshalb nicht aus. Die „strategische Stabilität“ müsse das übergeordnete Ziel sein. „Wir müssen wieder über konventionelle Stabilität reden wie zum Ende des kalten Krieges, also die zwei Prozent NATO-Guideline erfüllen“, betonte Ganser. Sorge indes bereitet dem Militärexperthen, dass die Atomwaffen auf russischer Seite in den Strategien des Militärs wieder zurückgekehrt sind. Ebenso auf US-Seite. Atomwaffen mit „nur noch“ einer Kilotonne statt 15 Kilotonnen Sprengkraft wie bei den Abwürfen der Amerikaner über dem japanischen Hiroshima und Nagasaki spielten bei militärischen Überlegungen wieder eine Rolle.

Glitzernde Schein-Welt steht für Kluft zwischen arm und reich

Vom „Ende der Sowjetunion“ über „Armut und Inflation“ bis hin zu „Konsumkultur“, „Digitalisierung“ und „Der Geist der Freiheit“ reichen die 20 Themenfelder, mit der sich die am selben Abend eröffnete Ausstellung über „Postsowjetische Lebenswelten“ im Fuldaer Bonifatiushaus beschäftigt.



Die Schau mit plakativen für sich stehenden Motiven wie Bettlern vor einer Dior-Werbung oder ein die rote Fahne schwenkender Mann stammt von Dr. Jan C. Behrends vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Die von Behrends konzipierte Foto/Textpräsentation verdeutlicht in ausdrucksstarken Motiven die ganze Tragik der Entwicklung. Die Hoffnung vieler auf mehr Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion hat sich nur ansatzweise bewahrt. Die Sicherheit in bescheidenen Lebensverhältnissen ist bei Jung und Alt wachsender Unsicherheit gewichen. Insbesondere die bunte Schein-Glitzerwelt Moskaus spiegelt die immer größer gewordene Kluft zwischen arm und reich wider. Also jenen, die in der neuen Zeit Kapital und Macht haben. Oder jenen, die wenig besitzen und von oft existenziellen Alltagsorgen geplagt werden. Auch das ist die bittere Wirklichkeit der Welt in der Nach-Gorbatschow-Ära, die ohne Frage auch eine wachsende Mittelschicht hervorgebracht hat. Dennoch bleibt, wie die Ausstellung ebenfalls zeigt, die wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Lage des heutigen Russlands fragil. Die von Dr. Ulrich Mähler kuratierte rund 120 Fotos umfassende Präsentation mit knappen, erläuternden Texten war in Fulda bis zum Jahresende 2021 zu sehen.

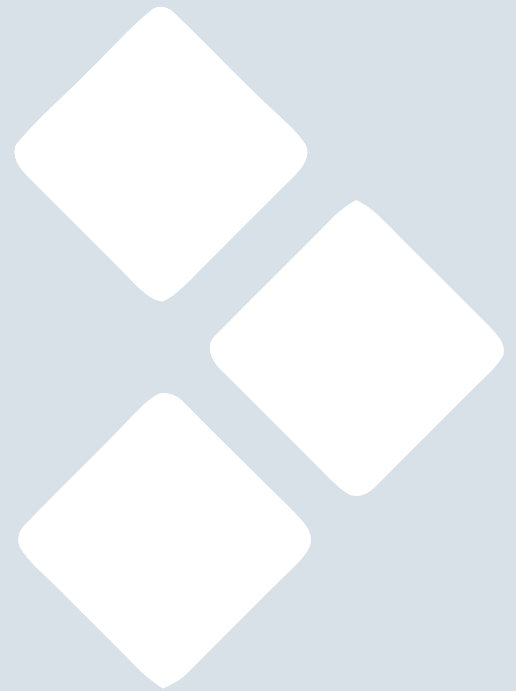
Herausgeber der Ausstellung ist die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die sich in ihrer Arbeit mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa auseinandersetzt. „Gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Verhältnisses zu Russland ist Michael Trost dankbar dafür, eine derart aussagekräftige Schau wie ‘Postsowjetische Lebenswelten’ nach Fulda bekommen zu haben“. Bei einem gemeinsamen Rundgang mit Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking und Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser – beide ausgewiesene Kenner der ehemaligen Sowjetunion und der geostrategischen Politik des heutigen Russlands – unterstrichen Trost und Bonifatiushaus Direktor Gunter Geiger den Wert ihrer Kooperation. „Wir können nicht zuletzt dank solcher Ausstellungen unseren Bildungsauftrag weiter fassen.“

Gunter Geiger



 Rüdiger Lüdeking

GSP



Dr. habil. Markus Kaim



 *Dr. John Zimmermann*

„Grenzerfahrungen – Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet“

Zu der Ausstellungseröffnung: „Grenzerfahrungen – Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet“, konnten wir über 20 Teilnehmer im Bonifatiushaus begrüßen. – Die Plakatausstellung des Fördervereins PRO ASYL e.V., pax christi und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden zeigen wir in Kooperation mit der Amnesty International Gruppe Fulda. Die drei Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, die erstmals ein solches Kooperationsprojekt gestartet haben, stellen sehr drastisch die aus Ihrer Sicht zunehmende Militarisierung an den europäischen Außengrenzen sowie die Verletzung der Menschenrechte von Geflüchteten dar. Mit 16 Einzelplakaten soll gezeigt werden, wie in der Politik der Europäischen Union die Externalisierung von Flüchtlingen, die Abschottung der Außengrenzen sowie die militärischen und geopolitischen Interessen ineinandergreifen.

Nach der Begrüßung durch den Akademiedirektor Gunter Geiger setzte Herr Dr. Asche, Leiter der Asylgruppe und Leiter der Amnesty Gruppe Fulda, einen inhaltlichen Impuls, an dessen Ende die Forderung nach einer neuen Flüchtlings- und Asylpolitik stand, da aus seiner Sicht schutzsuchende Menschen, mit ihrem Recht auf Asyl an einer restriktiven Politik scheitern. Vor 70 Jahren trat die Genfer Flüchtlingskonvention in Kraft: Aktuell sei es also höchste Zeit, die universelle Gültigkeit der Flüchtlings- und Menschenrechte gemeinsam zu verteidigen. Zudem erläuterte Frau Stefanie Wahl, Bundesvorsitzende von pax christi, die als Projektleiterin der Ausstellung mit viel Herzblut den Inhalt und die Konzeption der Ausstellung

begleitet hat, wie zum einen mit den Fotografien Emotionen geweckt und zum anderen mit den sehr informativen und anschaulich gestalteten Informationstafeln auf die Missstände an den EU-Außengrenzen hingewiesen werden soll. „Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten arbeiten seit Jahren darauf hin, den Zugang zum Recht auf Asyl insbesondere an den EU-Außengrenzen faktisch abzuschaffen“, so lautet das ernüchternde Fazit von Wahl. Nach der Eröffnung wurde an den Tafeln von den Besuchern noch lange kontrovers zur Thematik diskutiert. Die Ausstellung war bis zum 26. September zu besuchen.

Gunter Geiger



Gruppenbild: (von links) Dr. Reinhardt Asche (Amnesty Fulda), Stefanie Wahl (pax christi) und Gunter Geiger (Direktor Bonifatiushaus).



GRENZ-

Wie Europa gegen
Schutzsuchende aufrüstet

ERFAHRUNGEN



Fotos: Bonifatiushaus Fulda

„Kein Weihnachten in Moria“

Das Schicksal der Geflüchteten an den EU-Außengrenzen, das „Nicht-Vergessen“ ihrer Situation und die Aufmerksamkeit für die schwierige Lage der Geflüchteten waren Schwerpunkt der BDKJ-Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ und zugleich Thema eines Online-Akademieabends am 4. Februar 2021 im Fuldaer Bonifatiushaus. Bischof Dr. Michael Gerber, Stefanie Wahl, BDKJ Referentin und pax christi-Bundesvorsitzende sowie der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Brand und Akademiedirektor Gunter Geiger diskutierten über die Auswirkungen europäischer Migrationspolitik, Spielräume der Bundesregierung und Handlungsmöglichkeiten von Kirche und Zivilgesellschaft.

Das Geflüchtetenlager Moria auf der Insel Lesbos ist in den vergangenen Jahren zum Sinnbild einer unmenschlichen und gescheiterten EU-Migrationspolitik geworden. Mit der Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ wurde auf die dramatische Situation der Geflüchteten an den EU-Außengrenzen aufmerksam gemacht und sich für die Aufnahme derselben in Deutschland eingesetzt. Stefanie Wahl, Mit-Initiatorin der Kampagne, konnte sich selbst im Jahr 2019 auf Lesbos einen Eindruck von der Lage vor Ort verschaffen: Zur damaligen Zeit befanden sich rund 13.000 Menschen vor allem aus den Kriegsgebieten Syrien, Irak und Afghanistan in dem Lager, das für 2600 Personen ausgelegt und somit hoffnungslos überfüllt war.

2020 breitete sich die Corona-Pandemie aus und es war klar, dass sie auch vor Lesbos nicht Halt machen würde: die Situation vor Ort spitzte sich weiter zu und drohte zu eskalieren. Im September 2020 kam es dann zum großflächigen Brand im Lager, die Bilder gingen um die Welt und zeigten einmal mehr schonungslos und offen die menschenunwürdigen Bedingungen vor Ort. In diesem Zuge hoffte man, die Politik würde handeln und die Menschen an einen sicheren Ort bringen, was jedoch nicht geschah. Stattdessen entstand „Moria 2.0“, ein zweites Zeltlager auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz direkt am Meer, in dem 7600 Menschen (Stand: Februar 2021) lebten. Die Situation dort



Diskutanten des Akademieabends: v.l.n.r. Gunter Geiger, Stefanie Wahl, Bischof Dr. Michael Gerber, MdB Michael Brand

hatte sich nach wie vor nicht verbessert: abgesehen von den Hygienebedingungen machen den Menschen des Lagers auch die verschiedenen Witterungsverhältnisse wie Kälte, Sturm, Regen und daraus resultierende Überflutungen zu schaffen.

Wahl brachte ihr Entsetzen zum Ausdruck, wie es sein könne, dass sich ein solches Geschehen innerhalb der EU abspielen könne und wie Menschen unter derartigen Bedingungen leben müssten. Sie verdeutlichte, dass diese Situation politisch gewollt sei, da es durchaus möglich sei, die Menschen anders unterzubringen: 2016 hatte die EU entschieden, Hotspots zu errichten, in die die Geflüchteten für die Dauer der Asylverfahren untergebracht werden können. Problematisch ist hierbei die Länge der Asylverfahren, die sich über Monate und Jahre ziehen können: Zwar gibt es eine finanzielle Unterstützung der Geflüchtetenlager durch die EU, die dortigen Zustände würden dennoch toleriert. Somit trage auch Deutschland einen Teil der Verantwortung mit.

Die Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ hat das Ziel, auf die Notsituation in den Geflüchtetenlagern aufmerksam zu machen und die Notwendigkeit politischen Handelns zu verdeutlichen. Gefordert wurde u.a. eine sofortige Evakuierung der Lager auf den griechischen Inseln und die Aufnahme der Geflüchteten in Deutschland. Indem Bundestagsabgeordnete angesprochen und viele Lobbygespräche geführt wurden, sollte ein überfraktioneller Antrag zur Vorlage beim Bundestag entstehen, der die Aufnahme der Geflüchteten ermöglicht. Bisher ist die Aufnahme trotz der Bereitschaft einiger Kommunen und Länder am Bundesinnenministerium gescheitert.



Perspektivisch brauche es laut Wahl einen Politikwechsel: Weg von einer Politik der Abschreckung- und Migrationsabwehr hin zu einer menschenrechtskonformen und humanen Migrations- und Asylpolitik entlang der EU-Außengrenzen. Bischof Gerber, der sich der Kampagne ebenfalls angeschlossen hat, richtete den Blick auf die persönlichen Dramen, die die Menschen auf Moria und an ähnlichen Orten erleben und benannte sie als „mahnende Marker“, die uns anleiten sollen, intensiver hinzuschauen. Geflüchtetenlager dürfen nicht zu „vergessenen Orten“ werden. „Was bedeutet es für die Menschen, wenn ganze Regionen faktisch aufgrund der politischen Situation unbewohnbar sind? Wo sind die Geflüchteten, die zu uns kommen, in Relation zur dem, was sich in anderen Ländern abspielt?“, so der Bischof.

Gerber berichtete beispielsweise von persönlichen Begegnungen und betonte, dass es in afrikanischen Ländern 18 Millionen Binnenflüchtlinge gibt – davon 100.000 allein in einem Land wie zum Beispiel Burundi: Setze man die Zahlen in Relation zu den 10 Millionen Einwohner Jordaniens, die 750.000 Geflüchtete haben, müsse Deutschland umgerechnet ca. 6 Millionen Geflüchtete beherbergen. Die tatsächliche Anzahl liegt derzeit hingegen nur bei rund 1,5 Millionen.

Moria mache darauf aufmerksam, dass es sehr große Teile in dieser Welt gibt, in denen man eigentlich nicht sicher leben könne. Uns alle gehe daher die Frage an, was dies für die Zukunft bedeutet, so Gerber: „Moria öffnet uns die Augen für eine Realität dieser Welt, der wir uns nicht verschließen können“.

Kirche habe insgesamt die Möglichkeit, u.a. über die eigenen Hilfswerke wie z.B. Caritas international unabhängig von staatlichen Informationskanälen Kontakte herzustellen: Wie geht es Menschen ganz konkret in einer Situation? Was berichten Mitbrüder vor Ort? Durch diese Kontakte habe man einen ständigen Einblick in Gegenden, die nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Wir als Kirche müssen uns bewusst machen, dass wir nicht nur eine Verantwortung für unseren Nächsten in unserem Bistum, unserer Region, unserem Land, sondern eine universale Mitverantwortung für diese Welt tragen. Für diese Verantwortung müssen wir als Christinnen und Christen einstehen.

Der Fuldaer Bundestagsabgeordnete und Sprecher der CDU/CSU für Menschenrechte, Michael Brand, appellierte „den Blick nicht allein auf Moria zu werfen“. Dass man zugelassen habe, dass sich auf Moria und in anderen Gegenden überhaupt so eine Situation entwickeln konnte, sei ein Versagen der griechischen Behörden und der Türkei, die sich nicht an Abkommen gehalten haben, aber eben auch der EU, die über Jahre zugeschaut hätte. Brand betonte, dass die Lage auch vor Ausbruch des Feuers bereits katastrophal war. Von der Politik forderte er eine einheitliche europäische Lösung, zumal Moria keinen Einzelfall darstelle. Deutschland habe in Bezug auf Moria gehandelt und zumindest einige Familien und Kinder aufgenommen.

Es könne jedoch nicht sein, dass andere EU-Mitglieder sich derart aus der Verantwortung ziehen, wie es derzeit immer wieder passiere: Ein solches Verhalten sei mit der



Menschwürde unvereinbar und es brauche klare Regeln an den EU-Außengrenzen, so Brand: Wenn Leib und Leben bedroht sind, dann sei das „Helfen in der Notlage eine Christenpflicht“.

Konkrete Hilfe in der Notsituation, weiter an europäischen und internationalen Regelungen zu arbeiten, sich dahinter nicht zu verstecken und es wirklich ernst zu meinen, Fluchtursachen zu bekämpfen und dabei nicht nur exemplarisch Moria, sondern auch alle anderen in den Blick zu nehmen, sei unerlässlich. Auch in den Geflüchtetenlager in Ostafrika oder in Libyen „spielen sich seit Jahren unvorstellbare Katastrophen ab, die nahezu niemanden interessieren“, so Brand. „Wir dürfen nicht nur auf die Symptome schauen, wir müssen vor allem die Ursachen in den Herkunftsländern bekämpfen helfen“, forderte der Abgeordnete. Beim Thema Migration dürfe und könne man sich nicht in die Büsche schlagen: Es wird uns auch künftig begleiten.

Gunter Geiger

Aktuelle Publikationen: Migration in der Pflege

Als Standort der breiten und interdisziplinären Gesellschaftsbildung will die Katholische Akademie aktuelle Diskurse begleiten und ihre dezidiert christlichen Positionen einbringen. Dies gelingt unter anderem auch durch breit rezipierte Publikationen. 2021 erschien im renommierten Springer Wissenschaftsverlag der Band „Migration in der Pflege. Wie Diversität und Individualisierung die Pflege verändern“ und fand breiten Widerhall im wissenschaftlichen Fachdiskurs.

Wieso ist dieses Thema auch für die Akademie relevant? In einer sich stetig wandelnden (Migrations-)Gesellschaft kommen immer mehr Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und auch religiösen Prägungen in ein Alter, in dem Pflege notwendig wird. Diversität und Migration prägen ebenso das Feld der Pflegenden. Die steigende Diversität in Pflegesituationen verändert Theorie und Praxis der Pflege. Gerade die Kirche ist Anbieter von Pflege- und Altenpflegeeinrichtungen und daher diesem Wandel in besonderem Maße ausgesetzt. Wie wirkt sich das in diesen Einrichtungen und in Deutschland insgesamt aus? Was müssen Pflegenden und Angehörige, was müssen Pflegeinstitutionen nun verstärkt beachten? Inwiefern können wir kultursensible Pflege heute verstehen? Diesen Fragen gehen in diesem Buch Pflege- und Sozialwissenschaftler sowie Praktiker aus der Pflege systematisch und wissenschaftlich fundiert nach. Das Buch gibt durch seine interdisziplinären Zugänge und Positionen einen breiten Einblick in den thematischen Zusammenhang von Migration und Pflege.

Die Herausgeber:

Marco Bonacker

Leiter der Abteilung Erwachsenenbildung
des Bistums Fulda

Gunter Geiger

Direktor der Katholischen Akademie Fulda

ISBN: 3662619350, 32,99 EUR

EAN: 9783662619353

Wie Diversität und Individualisierung die
Pflege verändern.

1. Aufl. 2021, Springer-Verlag GmbH



Die Attraktion des Extremen - Radikalisierungsprävention im Netz

Im Rahmen unserer Tagungsreihe „Digital 2020“ hat sich eine Fachtagung mit Radikalisierungsprozessen im Netz auseinandergesetzt. Gemeinsam mit Wissenschaftlern und Praktikern wurde analysiert, welche Rolle die sozialen Medien bei der Verbreitung von radikalen und extremistischen Botschaften übernehmen, wer die Akteure sind und welche Strategien sie verfolgen. Ein Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf der Betrachtung von Präventionsmaßnahmen im Netz und der Frage, welchen Nutzen die politische Bildung und die Medienbildung aus ihnen ziehen können ebenso wie die Frage nach ihrer Wirksamkeit und Eignung. Einer weiteren Frage, der auf dieser Tagung nachgegangen werden sollte, bestand darin, welchen Nutzen die politische Bildung und die Medienbildung aus den Präventionsmaßnahmen ziehen könne.

Anfang des Jahres 2021 konnten die Ergebnisse dieser Tagung in dem Buch: „Die Attraktion des Extremen“ publiziert werden. Mit diesem Band möchten wir einen weiteren Beitrag zur aktuellen Debatte um Extremismus und Prävention im Internet leisten.

Andrea Keller, Gunter Geiger, Andreas Büsch, Sandra Bischoff: Die Attraktion des Extremen. Radikalisierungsprävention im Netz. Wochenschau Verlag (Frankfurt am Main) 2021. 96 Seiten.

ISBN 978-3-7344-1162-5. D: 14,90 EUR, A: 15,40 EUR.

Über die vier Herausgeber: Dr. Andrea Keller ist Koordinatorin für das Projekt „Religionssensible politische Bildungsarbeit“ bei der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB) in Bonn. Andreas Büsch, katholischer Theologe und Erziehungswissenschaftler, ist Professor für Medienpädagogik und Kommunikationswissenschaft an der Katholischen Hochschule (KH) Mainz und Leiter der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz. Sandra Bischoff ist Leiterin des Referats Prävention und Medienkompetenz der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue

Medien (LPR Hessen) in Kassel. Gunter Geiger, Diplom-Volkswirt, ist Akademiedirektor des Bonifatiushauses Fulda und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB).

In der übersichtlichen Publikation werden erste Einblicke in Radikalisierungsprozesse vor allem junger Menschen im Internet gegeben und erprobte Strategien der pädagogischen Medienarbeit beschrieben. Wie soziale Netzwerke funktionieren und wie die Aufmerksamkeit dort gesteuert wird bzw. wie es kommt, dass sich Menschen durch Funktionslogiken radikalisieren lassen? Diesen Fragen gehen die Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Blickwinkeln nach.



Interdisziplinäre Fachtagung Pflege

Am 1. Dezember fand unter der Leitung von Abteilungsleiter Dr. Marco Bonacker die mittlerweile rezipierte Pflegefachtagung zur Vermeidung freiheitsentziehender Maßnahmen in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration statt. Aufgrund der andauernden Corona-Pandemie wurde die Veranstaltung digital durchgeführt und erreichte ein breites Fachpublikum aus der Pflege- und Betreuungspraxis aus allen Teilen Hessens. Die Katholische Akademie hat sich mit ihren Veranstaltungen, Konferenzen und Publikationen hier über Jahre einen festen Platz in der hessischen Fortbildungslandschaft erarbeitet, der gewährleistet, dass dezidiert christliche Positionen in den Pflegediskurs einfließen können.

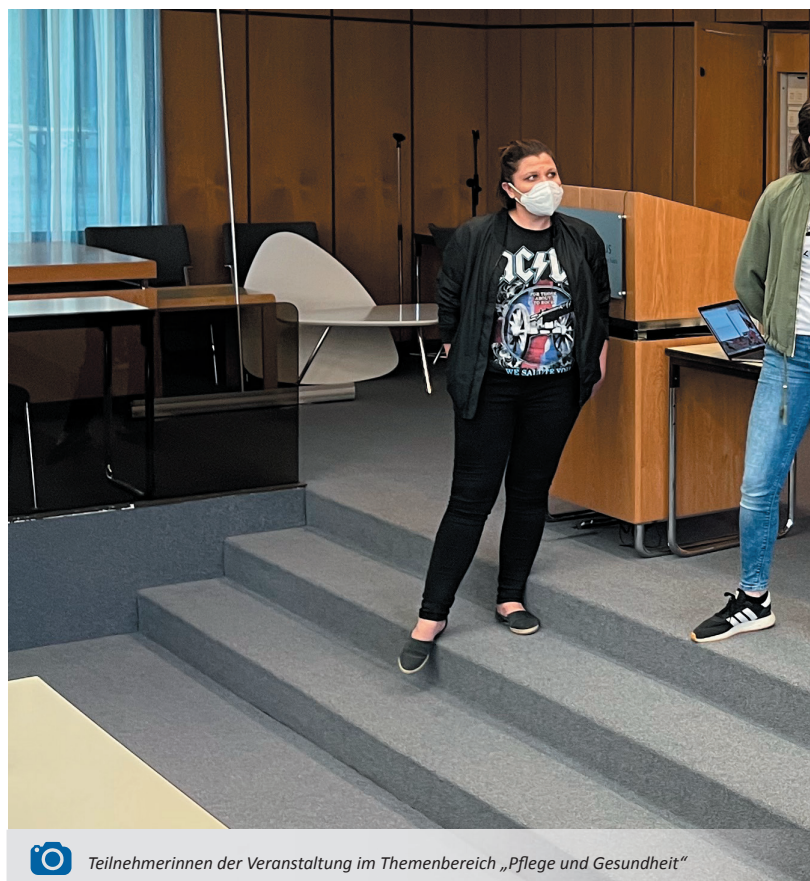
Bereits die letztjährige Fachtagung Pflege im Bonifatiushaus hat sich den Aspekten der Vermeidung freiheitsentziehender Maßnahmen im Kontext der Pandemie gewidmet. Hier setzt auch die diesjährige Fachtagung an und führt den gemeinsamen Diskurs mit Referenten und Teilnehmern fort. Denn nun, ein Jahr später, waren neue Erkenntnisse hinzugekommen und die dynamische Lage in Pflege und Betreuung, aber auch gesamtgesellschaftlich hatte sich noch einmal gewandelt.


Eine Frage war im Vorfeld der Tagung im Blick auf Pflege aber auch Gesamtgesellschaft stärker im Fokus: Wie endet eine Pandemie? Nach mehr als eineinhalb Jahren Ausnahmezustand konnte nun diese Frage realistisch in den Blick genommen werden. Als Ende 2019 in China die ersten Fälle einer neuartigen Viruserkrankung medial für Aufmerksamkeit sorgten, war wohl kaum vorstellbar, wie sehr sich das gesellschaftliche Leben ändern und vor allem wie lange die Pandemie alle Menschen weltweit beschäftigen würde. Gleichwohl: Jede Pandemie ist endlich und geht vorüber und vielleicht hat in der Corona-Pandemie das letzte Drittel begonnen. Die Omikron-Variante zeichnete schon ein erstes Bild, wie eine Pandemie zur Endemie übergehen kann. Aber noch bestimmten das Virus und seine Varianten alle Lebensbereiche – die Pflege, insbesondere die stationäre Langzeitpflege, war und ist davon besonders betroffen. Besonders die Besuchsverbote und die lange Zeit der Isolierung sorgten dabei auch für Kritik. Waren und sind die Schutzmaßnahmen verhältnismäßig? Darf Freiheit so einschneidend beschränkt werden?

Die Fachtagung fragte daher: Wo stehen wir heute? Wie robust waren die Freiheitsideale im Kontext der Krise? Welche Erkenntnisse in Pflegepraxis und Wissenschaft haben wir gewonnen? Was muss in Zukunft stärker beachtet werden und welche Lehren ziehen wir aus den Entscheidungen und dem Umgang mit der Corona-Pandemie in der Pflege? Wieder konnten Expertinnen und Experten aus einem interdisziplinären Kontext gewonnen werden: Prof. Dr. Martina Hasseler von der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften Wolfsburg fragte nach den Folgen der Pandemie für Pflegeberufe und die pflegerische Versorgung, während Dr. Szymon Mazur die rechtlichen Perspektiven auf die Selbstbestimmung im Kontext Corona-Maßnahmen in der Pflege vorstellte. Als Amtsrichter in Fulda brachte er nicht nur eine juristisch-theoretische Perspektive in den Diskurs ein, sondern konnte auf die konkrete Rechtsprechung der letzten 18 Monate in der Region verweisen. Mit Regine Krampen, M.Sc., vom RP Gießen leistete eine wichtige und

langjährige Wegbegleiterin der FEM-Bildungsarbeit einen Beitrag zum Verständnis der Arbeit der Pflegeaufsicht und konnte daher eine höchst praxisrelevante Sicht der Pflege in der Pandemie einbringen. Dr. Marco Bonacker verließ für seinen Vortrag die Moderationsrolle. Er ersetzte Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, der als Mitglied des Ethikrates über dessen Rolle und Funktion in der Corona-Krise aus ethischer Sicht sprechen sollte. Dr. Bonacker ging in seinem Vortrag dementsprechend auf die Funktion der Ethik in modernen Krisengesellschaften ein und konzentrierte sich u.a. auf die Frage nach einer berufsspezifischen Impfpflicht im Kontext der Pflege. Holger Koch vom HMSI beschloss die Fachtagung mit einem Ausblick, der deutlich machte, wie wichtig auch dem Ministerium der interdisziplinäre Austausch ist und wie sehr auch die kirchliche Bildungsarbeit hierzu beiträgt. Eine Folgeveranstaltung 2022 ist bereits in Planung.

Dr. Marco Bonacker



 Teilnehmerinnen der Veranstaltung im Themenbereich „Pflege und Gesundheit“



 Dr. Marco Bonacker



Identität und Engagement Weiterbildungen für Pflegefachkräfte 2021: Qualifikation und Befähigung zur Wahrnehmung sozialer Herausforderungen und zur Gestaltung von gesellschaftlichen Umbrüchen

Die Weiterbildungen für Pflegefachkräfte sind weniger organisatorisch als vielmehr inhaltlich durch die nunmehr im zweiten Jahr relevanten gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Covid-Pandemie geprägt gewesen.

Die im Zuge der Pandemie immer deutlicher werdenden sozialen Aufgaben wie bspw. die angemessene und gerechte Verteilung und Teilhabe gesellschaftlicher Ressourcen, zeigt sich aktuell besonderes deutlich im Gesundheitswesen bzw. den das Gesundheitswesen betreffenden gesellschaftlichen Entwicklungen.

Als eine im Fokus dieser Entwicklungen stehende bedeutsame Berufsgruppe sind Pflegefachkräfte nicht nur von diesen Entwicklungen betroffen, sondern haben die Aufgabe und das Potential diese Entwicklungen aktiv zu gestalten und sich an den damit verbundenen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Information, Reflexion und Diskurs sind wichtige und notwendige Voraussetzungen für Partizipation und Engagement im Kontext dieser Entwicklungen und aus diesem Grund auch Auftrag und Verpflichtung der katholischen Akademie des Bistums Fulda in den Weiterbildungen für Pflegefachkräfte.

Anschaulich wird dies entlang der Bildungsleitlinien für die Seminararbeit mit Pflegefachkräften.

1. Bildungsleitlinien für die Seminararbeit mit Pflegefachkräften 2021

1. Versorgung und Sorge

Das berufliche Selbstverständnis Pflegenden und die Rolle des Pflegeberufes wandelt sich gegenwärtig stärker als je zuvor in der Geschichte des Pflege. Zunehmende Professionalisierung, Ausdifferenzierung von Funktionen der Pflege, sowie eine Ökonomisierung von Pflegeprozessen erfordern vor allem auch in ethischer Hinsicht eine Neuvermessung von Versorgungs- und Sorgestrukturen in und durch die Pflege.

1. 1. Identität und Engagement

Die genannten Entwicklungen betreffenden direkt das berufliche Selbstverständnis von Pflegenden und bedingen Fragen nach der Motivation, dem beruflichen Selbstverständnis von Pflegefachkräften und deren damit verknüpften gesellschaftlichem Engagement. Die damit verbundenen Herausforderungen beschäftigen Pflegefachkräfte in den unterschiedlichen Versorgungsbereichen von Krankenhaus, Pflegeheim und Ambulanter Pflege gleichermaßen. Um so wichtiger ist es, Reflexionsprozesse in Bezug auf das berufliche Selbstverständnis zu ermöglichen, Partizipationsformen der Teilhabe an diesen Prozessen aufzuzeigen und aktuelle Engagementfelder zu erschließen.

1. 2. Digitalisierung und Personalisierung

Mit der elektronischen Patientenakte werden erstmals auch im größeren Umfang die Potentiale und Herausforderungen der Digitalisierung im Gesundheitswesen anschaulich. Die Digitalisierungsprozesse im Gesundheitswesen und damit auch im Berufsumfeld von Pflegefachkräften sind jedoch weitreichender und betreffen ebenso Automatisierungsprozesse wie Vernetzungspotentiale, die es im Hinblick auf Chancen und Risiken wahrzunehmen gilt.

Gleichzeitig bedarf deren Anwendung der Vermittlung von Kompetenzen, die auch die Erschließung von Grenzlängen der Gefährdung von Autonomie und Personalität von Patienten und Pflegekräften umfasst.

1. 3. Selbstbestimmung und Verantwortung

Die Debatten in Bezug auf die Impfpflicht (zunächst für Pflegefachkräfte) aber auch die viel weiter reichenden Debatten um die Sterbehilfe, oder auch Verteilungsfragen im Gesundheitswesen machen deutlich, dass Versorgungsprozesse in der Pflege immer auch von ethischer Relevanz sind. In dem Zusammenhang wird deutlich, dass sich das Thema Ethik in der Pflege nicht ausschließlich an Ethikkomitees delegieren lässt, sondern die ethische Entscheidungskompetenz jeder einzelnen Pflegefachkraft erfordert. Die ethische Relevanz aufzuzeigen und zu ethischer Entscheidungskompetenz zu befähigen, ist integrativer Bestandteil in den Seminaren für Pflegefachkräfte



Teilnehmerinnen der Seminare für Pflegekräfte

2. Bildungsschwerpunkte der Seminare für Pflegekräfte in der Katholische Akademie des Bistums Fulda im Jahr 2021:

2.1. Übersicht der durchgeführten Seminare für Pflegefachkräfte 2021

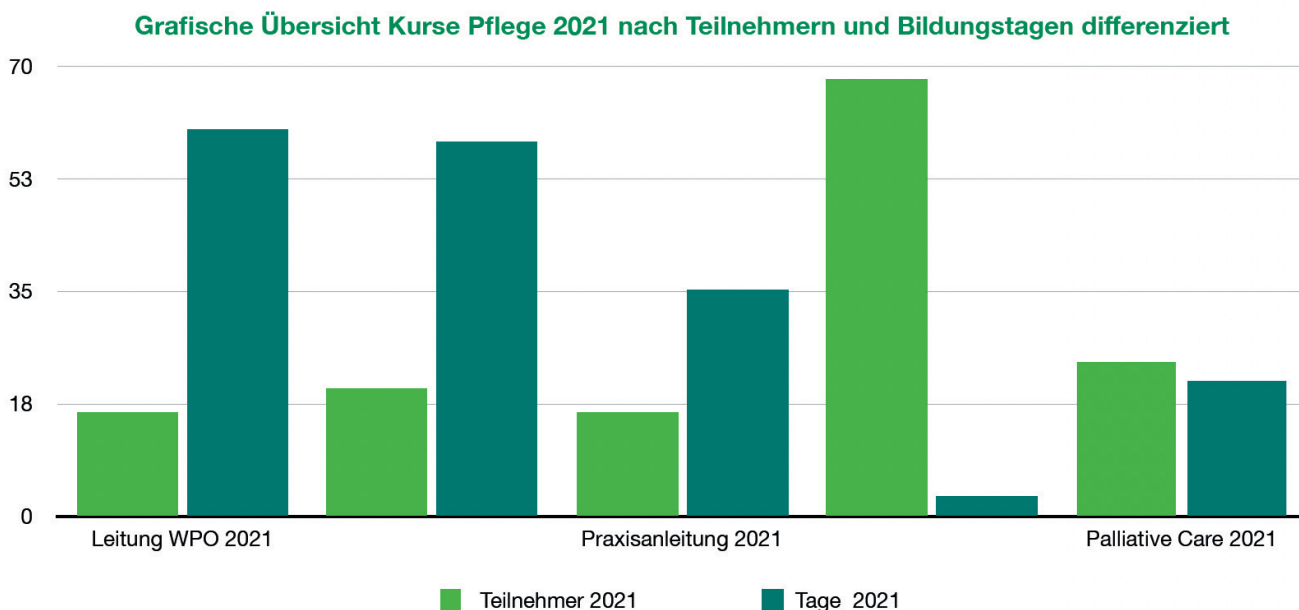
Im Jahr 2021 sind folgende mehrtätige Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme für Pflegefachkräfte in der Katholischen Akademie des Bistums Fulda durchgeführt worden:

- Staatlich anerkannte Weiterbildung für **Gruppen- und Wohnbereichsleitungen** nach der Weiterbildungs- und Prüfungsordnung für das Land Hessen
- Staatlich anerkannte Weiterbildung zur **Praxisanleitung** nach der Weiterbildungs- und Prüfungsordnung für das Land Hessen
- Staatlich anerkannte Weiterbildung zur Fachkraft für **palliative Versorgung** nach der Weiterbildungs- und Prüfungsordnung für das Land Hessen
- Anerkannte Weiterbildung zur **Leitung einer Abteilung /eines Bereichs** nach den Richtlinien der Deutschen Krankenhausgesellschaft
- Pflichtfortbildung für **Praxisanleitungen** nach §4 Abs. 3 des Pflegeberufegesetzes

weiter Seite 36 >>>

2.2. Übersicht der Teilnehmerzahlen und der Weiterbildungstage im Rahmen der Kurse für Pflegefachkräfte im Jahr 2021

2.2.1. Grafische Übersicht



2.2.2. Tabellarische Übersicht

Tabellarische Übersicht Kurse Pflege 2021 nach Teilnehmern und Bildungstagen differenziert

	Teilnehmer 2021	Tage 2021	Teilnehmertage 2021
Leitung WPO 2021	16	60	960
Leitung DKG 2021	20	58	1.160
Praxisanleitung 2021	16	35	560
Fortbildung Praxisanleitung 2021	68	3	204
Palliative Care 2021	24	21	504

2.3. Qualifizierung und staatliche Anerkennung der Kurse für Pflegefachkräfte 2021

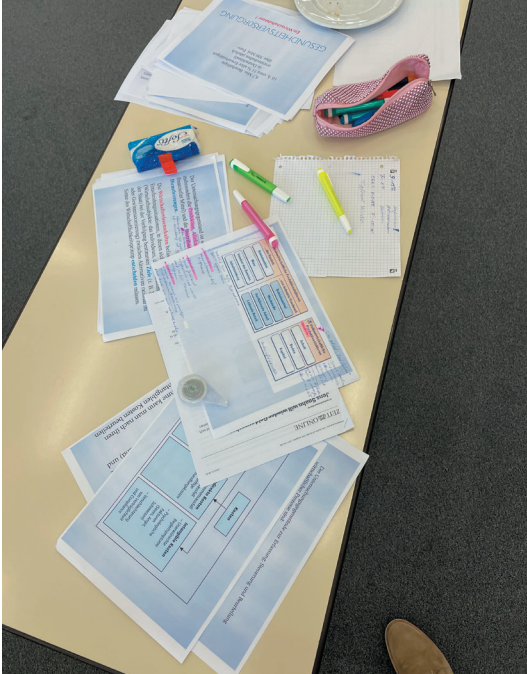
Eine besondere Herausforderung der Weiterbildungen für Pflegekräfte besteht in der Beachtung und Umsetzung fortlaufender staatlicher Regulierungen und Kontrollen der inhaltlichen und formalen Kriterien für die Durchführung der Kurse und deren Abschluss. Hier ist es in 2021 gelungen, erneut für alle relevanten Kurse auch die staatliche Anerkennung auf der Grundlage der Ende 2020 novellierten Weiterbildungs- und Prüfungsordnung zu erhalten und umzusetzen.

Gleichzeitig ist in 2021 erstmalig ein Leitungskurs ausschließlich für Pflegefachkräfte in Krankenhäusern auf der Grundlage der Weiterbildungsordnung der Deutschen Krankenhausgesellschaft durchgeführt worden.

2.4 Vernetzung und Kooperationspartner

Mit Blick auf die genannten Weiterbildungen ist das Bonifatiushaus auch in 2021 für zahlreiche konfessionelle, kommunale und private Träger in Hessen - vor allem Osthessen - und zum Teil auch für Einrichtungen in Thüringen und Bayern ein wichtiger Kooperationspartner für die Aufrechterhaltung der Versorgungsstrukturen notwendigen Qualifikation und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewesen.

Gunter Geiger



Die Fotos zeigen Teilnehmer_innen der Kurse des Arbeitsbereichs „Pflege und Gesundheit“



Der Sündenfall und die Frage nach dem Leid in der Welt – Bibelarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie

Aktuelle Geschehnisse der Gegenwart verändern den Blick auf die Bibel. Menschen stellen jeweils andere Anfragen an die Frohe Botschaft und erwarten Antworten, die ihnen helfen, diese aktuellen Geschehnisse zu bewältigen. Das wurde in Zeiten der Corona-Pandemie noch einmal besonders deutlich.

2021 wurde von einzelnen und religiösen Gruppierungen – häufig extremer Art – die Auffassung vorgebracht, die Pandemie sei als Strafe Gottes gegenüber einer verderbten Menschheit zu verstehen. Wer die Krankheit überstehe, erfahre seine Barmherzigkeit, wer daran sterbe, erfahre Gottes Zorn. Wir haben Menschen erlebt, die öffentlich daraus den Anspruch ableiteten, sich nicht impfen zu lassen. Wenn solche Auffassungen auch nicht den ‚mainstream‘ der öffentlichen religiösen Meinung darstellen und eher Randerscheinungen sind, so betrifft die Frage nach Zorn und Barmherzigkeit Gottes doch jeden gläubigen Christen gleichermaßen und fordert ihn heraus, darüber nachzudenken.

Auch in der Bibelarbeit des Bonifatiushauses kamen solche Auffassungen zur Sprache und forderten heraus, sich näher mit Zorn und Güte Gottes zu beschäftigen – die alte Frage nach der ‚Theodizee‘, nach der Vereinbarkeit der Güte und Liebe Gottes mit dem Leiden in der Welt wurde durch die Corona-Pandemie wieder neu gestellt.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit dieser Frage, beschäftigte sich ein Bibelabend mit der Erzählung vom Garten Eden, dem Sündenfall und der Vertreibung der Menschen aus dem Paradies (Gen 2-3) und forderte zu einer angemessenen Deutung dieser Erzählung im heutigen Kontext heraus:



Quelle: Pixabay

Die Schöpfungsgeschichte von Welt und Mensch will keine Beschreibung sein, wie Gott am Anfang alles geschaffen hat. Es geht um den Anfang der Beziehung Gottes zu seiner Schöpfung. Die Schöpfungsgeschichte ist eine Beziehungsgeschichte. Als Anfang dieser Beziehungsgeschichte bündigt Gott die Chaosmächte der Urflut: Aus Chaos wird Kosmos – Ordnung. Aber: Die Chaosmächte bleiben bestehen. Gott sieht, dass seine Schöpfung gut ist, genau in

dieser Dialektik von Chaos und Kosmos. Und so ist es auch mit der Erschaffung des Menschen. Der ‚Adam‘ ist von der ‚Adamah‘, der ‚toten‘ Erde genommen und Gott macht ihn zu einem lebendigen Wesen, indem er ihm den Lebensodem einhaucht. Auch der Mensch lebt als Gegensatz: Lebendig, aber von der toten Erde genommen, zu der er zurückkehren muss.

Und Gott setzt den Adam in den Garten Eden und erschafft ihm eine ebenbürtigen Partnerin, eine Frau. Die Frau steht für das Soziale der Lebensgemeinschaft ‚Mensch‘. Und im Garten Eden ist ein Leben in Fülle möglich, in der Mitte aber steht der Baum der ‚Erkenntnis von Gut und Böse‘, von dem Adam und seine Frau nicht kosten dürfen.

Die Fähigkeit, zu unterscheiden, was Gut und Böse ist, erwirbt der Mensch gemäß biblischer Vorstellung, wenn er erwachsen wird (vgl. Dtn 1,39). Diese Fähigkeit unterscheidet also das Kind vom Erwachsenen.

Damit wird deutlich, wie die Menschengemeinschaft vor dem Sündenfall zu verstehen ist. Es ist ein Leben in enger Beziehung zu Gott. Aber es ist auch ein kindliches, unmündiges Leben, das Adam und seine Frau dort führen. Es fehlt ihnen an Erkenntnis und an der Eigenständigkeit, die erwachsene und mündige Menschen auszeichnet. Erst mit dem ethischen Unterscheidungsvermögen erwirbt der Mensch die Freiheit, sich für das Gute oder das Böse, und sich damit auch für oder gegen Gott zu entscheiden.

Der ‚Fall des Menschen‘ ist eine Entscheidungsgeschichte. Mit dem Essen der verbotenen Frucht entscheidet sich die Lebensgemeinschaft ‚Mensch‘ erwachsen zu werden, sich von Gott zu distanzieren und eigenverantwortlich und frei, also ‚erwachsen‘ zu werden.

Und das hat Konsequenzen. Die Menschengemeinschaft kann nicht mehr in naiver Eintracht mit Gott leben. Mit der Entscheidung des Menschen, erwachsen und damit frei zu werden, kommt das Leid in die Welt. Menschen können einander unendliches Leid zufügen und kommen oft noch ungeschoren davon. Gerechtigkeit wird verbogen. Aber auch die freie Schöpfung als Lebenshaus des Menschen kann – wie der Bonner Dogmatiker Karl-Heinz Menke es formuliert – ‚verunglücken‘. Eins kann zum anderen kommen und Leid entstehen lassen.

Ist das Gottes Wille? Ich glaube ja, weil es nicht anders geht. Gott wollte in seiner Schöpfung mündige Wesen, mit denen er von ‚Du zu Du‘ Liebe teilen kann, weil die Menschen es wollen, nicht, weil sie es nicht besser wissen. Und damit der Mensch sich in Freiheit ihm zuwenden kann, braucht es die nötige Distanz der Lebensgemeinschaft von Gott. Gott schickt sie aus dem Garten Eden weg. Er muss das tun. Und der Preis der Freiheit ist das Leid in der Welt, das Gott niemals will, das er aber zulassen muss, um der Lebensgemeinschaft ‚Mensch‘ ihre Freiheit zu geben.

Gott hat die Corona-Pandemie nicht gewollt, und schon gar nicht als Strafe für uns geschickt. Und er ist in Jesus Christus der, der am meisten darunter leidet, dass es sie gibt.

Burkhard Kohn



1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland – Aufarbeitung deutsch-jüdischer Geschichte im Jubiläumsjahr

Ein Edikt des römischen Kaisers Konstantin aus dem Jahr 321 belegt zum ersten Mal jüdisches Leben auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands. Auf Initiative des Vereins ‚1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland‘ und mit Unterstützung von Bund und Ländern wurde 2021 in vielen Veranstaltungen bundesweit der Tatsache gedacht, dass mindestens seit dieser Zeit das Judentum ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens in Deutschland ist und sein Anteil an Geschichte und Gegenwart der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes kaum überschätzt werden kann. Das Bonifatiushaus und die Abteilung Bildung und Kultur des Bischöflichen Generalvikariats beteiligten sich in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. Fulda mit eigenen Veranstaltungen.

Ein Festvortrag zum Thema wurde begleitet von einer Ausstellung zum Thema ‚Juden in der Rhön‘, mit dem der Blick auf die lokale Entwicklung gelenkt werden sollte. Zunächst zur Ausstellung. Die von Dr. Michael Imhof und Joachim Schulz kuratierte Ausstellung wirft einen Blick auf 400 Jahre jüdisches Leben in der Rhön unter der Überschrift „Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung“. Das Leben der Rhöner Juden war geprägt von Verzweiflung und der Hoffnung, dass es besser werden könne. Immer haben die Rhöner Juden versucht, inmitten der Repressalien gegen sie, ihre je eigene Lebensnische zu finden. Anhand von Familienbiografien machte die Ausstellung deutlich, dass dies oft sehr gut gelang. Familien, wie Rödelheimer, Freudenthal oder Stern hatten seit der Gleichstellung der Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über mehrere Generationen hinweg entscheidenden Anteil am Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens in der Rhön. In den Gemeinden der Rhön wurden sie zu wesentlichen Wegbereitern der Moderne, wie Dr. Imhof, der durch die Ausstellung führte, erklärte. Aber dieser positiven Entwicklung stellte sich ein zunehmender Antisemitismus schon in der Kaiser-

zeit entgegen. Als mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 der Juden Hass zum Regierungsprogramm wurde, begann auch für die in der Rhön lebenden Juden eine Zeit der Demütigungen und Verfolgungen mit dem Ziel ihrer Vertreibung und Vernichtung. Die Ausstellung wirft einen detaillierten Blick auf das Schicksal der Rhöner Juden zu dieser Zeit, besonders auf die Geschehnisse in der Reichsprogomnacht im November 1938. Akribisch wurden Repressalien in den Ämtern der Rhöner Städte und Dörfer festgehalten und ihr Vollzug dokumentiert – wie die Ausstellung zeigt. Von den Redeverboten für Rabbiner, den Verboten jüdischer Vereine, dem Einzug jüdischen Vermögens, bis hin zu den Listen, die die Deportation Rhöner Juden in Konzentrationslager festhalten. Dr. Imhof und Joachim Schulz gelang es, daraus eine Liste der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Tann, Gersfeld, Wüstensachsen und Schmalnau zu erstellen, die in Vernichtungslager deportiert und ermordet wurden. Aber auch über den ‚zaghafte Neuanfang‘ jüdischen Lebens in der Rhön berichtete Dr. Imhof. Insgesamt eine gelungene Ausstellung, die die immense Arbeit der Kuratoren daran deutlich macht. Ge-



Referent Prof. Dr. Johannes Heil mit Dr. Marco Bonacker, Leiter der Abteilung ‚Bildung und Kultur‘ des Bischöflichen Generalvikariats Fulda anlässlich des Festvortrags 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

rade Dokumentationen des lokalen jüdischen Lebens von damals bis heute machen das Schicksal der jüdischen Mitbürger besonders transparent, weil wir die Orte, in denen das alles passiert ist, kennen, und uns darin bewegen und leben.

Zum Festvortrag sprach Johannes Heil, Professor für Religion, Geschichte und Kultur des europäischen Judentums der Hochschule für jüdische Studien, Heidelberg. In der Einführung zum Vortrag machte der Tagungsleiter, Dr. Marco Bonacker, Leiter der Abteilung ‚Bildung und Kultur‘ des Bischöflichen Generalvikariats noch einmal deutlich, dass es mit der Veranstaltungsreihe darum gehe, das Thema ‚1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland‘ für Fulda aufzuschlüsseln. Jüdisches Leben sei nie nur ein Randaspekt gewesen; es habe gerade an dem, was religiöses und kulturelles Leben in Deutschland bedeute, entscheidenden Anteil gehabt. Dr. Bonacker zitierte aus dem Grußwort unseres Bischofs Dr. Gerber zur Veranstaltungsreihe: Sie mache deutlich, wie religiöse, kulturelle und intellektuelle Ausformungen des Judentums unsere Gesellschaft geprägt haben und immer noch prägen. Jüdinnen und Juden hätte auch heute noch einen wichtigen Platz in unserem Land und würden das religiöse Leben als Geschwister im Glauben an den einen Gott bereichern. Die Reihe, so Dr. Bonacker, richte den Blick auch in die Zukunft, indem sie aus der Geschichte heraus auf gegenwärtige Probleme des Antisemitismus schaue und dafür sensibilisiere.

Prof. Heil machte zu Beginn deutlich, dass es in seinem Vortrag um einen schlaglichtartigen Blick auf 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland gehen solle. Die jüdische Diaspora nördlich der Alpen sei nicht erst aus der Vertreibung der Juden aus Palästina hundert Jahre nach der Zeitenwende entstanden. Juden seien schon ab dem 3. Jhdt. v. Chr. nicht mit den Römern, sondern als Römer, also meist mit dem römischen Bürgerrecht ausgestattet, zu uns gekommen – und dies nicht nur, wie oft angenommen, primär als Händler. Quellen, so Heil, sind nur rudimentär erhalten und bis weit ins Mittelalter hinein nicht aus jüdischer Hand. Dennoch sei aus ihnen ein offenbar selbstverständliches Zusammenleben zwischen Juden und Christen ablesbar. Um das Jahr 1000 habe es dann eine jüdische Migrationswelle von Süd (Italien und Frankreich) nach Nord gegeben. Von da an seien auch antijüdische Bewegungen und Progrome bezeugt, besonders in Zusammenhang mit den Kreuzzügen ab 1096. Um diese Zeit seien auch erste Schutzbriefe belegt, die eine besondere Rechtsbeziehung der Juden zur Krone zum Ausdruck bringen würden. Warum kamen Juden in das Gebiet des heutigen Deutschlands? Nach Heil habe das prosperierende Frankenreich einen hohen Bedarf an Rohstoffen und Gütern aus fernen Ländern gehabt und die Juden hätten über die zum Import dieser Handelsgüter nötige Infrastruktur verfügt. Vom Mittelalter an hätten so Progrome und gegenseitiges Zusammenleben und -arbeiten quasi nebeneinander existiert.

Um das zu veranschaulichen beschäftigte sich Prof. Heil mit konkreten Beispielen aus der Geschichte bis hin zur Gegenwart. Jüdisches Leben in Deutschland sei entstanden und



 Dr. Michael Imhof führt durch die Ausstellung ‚Juden in der Rhön‘

habe sich ganz selbstverständlich entwickelt im vielfältigen Austausch mit seinem Umfeld unter den je örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten – zwischen Assimilation und Ausgrenzung.

Seit dem Mittelalter gab es Bündnisse zwischen Christen und Juden, die von gegenseitigem Respekt geprägt sehr pragmatisch zu beiderseitigem Nutzen ausgerichtet gewesen waren. Der Selbstaussdruck jüdischen Lebens in Deutschland sei eingebettet gewesen in Leben und Kultur seiner Zeit. Es gab jüdische Minnesänger. Synagogenbauten seien wie selbstverständlich von den Baustilen ihrer Zeit beeinflusst. Ebenfalls wie selbstverständlich hätten sich Jüdinnen und Juden als Deutsche gefühlt und die damit verbundenen gesellschaftlichen Pflichten empfunden und wahrgenommen, so etwa die Beteiligung an Kriegen auf Seiten Deutschlands. Jüdisches Selbstbewusstsein angesehener Persönlichkeiten aus der Gesellschaft Deutschlands habe in kulturellen Werken ihren Niederschlag gefunden. Gleichzeitig habe es immer auch Ausgrenzungen von jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und Judenprogrome gegeben. Oftmals mussten Juden als Sündenböcke gesellschaftlicher Konflikte herhalten.

Eine deutliche Zäsur markiert die Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust. Der Antisemitismus habe das Zusammenleben zugunsten von Verfolgung und Ausrottung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zunichte gemacht. Das jüdische Leben nach Krieg und Holocaust sei mit dem Ziel baldiger Emigration geführt worden. Die Suche nach Angehörigen, die Frage, wohin man gehen soll, etc. hätten die Emigration oft verzögert. Es seien jeweils individuelle Umstände gewesen, die zunächst zum Bleiben veranlasst hätten. Vor allem daraus seien Situationen entstanden, die Juden nach dem Krieg veranlasst hätten, dann doch zu bleiben. Das Leben der Jüdinnen und Juden in Deutschland sei auch heute noch im Aufbau begriffen und es sei die gemeinsame Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, aus der Geschichte heraus heute und in Zukunft daran zu arbeiten, so Prof. Heil.

Burkhard Kohn

Geschichte begreifen: Historisch-politische Bildung als Auftrag für die Gegenwart ... am Beispiel ‚Sophie Scholl‘

Die Katholische Akademie des Bistums Fulda engagiert sich seit vielen Jahren in der sog. ‚Historisch-politischen Bildung‘. Personen und Ereignisse der Geschichte sollen nicht nur erinnert werden. Es geht darum, Geschichte zu begreifen, um Gegenwart und Zukunft von Gesellschaft gestalten zu können. Historisch-politische Bildung ist Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation. Das wurde im Vortrag Hermann Vinkes deutlich.



Sophie Scholl
und der Widerstand der Weißen Rose
- Zum 100. Geburtstag -
Online-Vortrag mit Hermann Vinke
Montag, den 10. Mai 2021, 19:00 Uhr
Bonifatiushaus Fulda



Bonifatiushaus
Haus der Weiterbildung
der Diözese Fulda

2021 jährte sich zum 100. Mal der Geburtstag von Sophie Scholl, einer der führenden Aktivistinnen des Widerstands der ‚Weißen Rose‘ gegen den Nationalsozialismus, die mit ihren Flugschriften großes Aufsehen erregte. Sophie Scholl wurde am 22. Februar 1943 mit gerade einmal 21 Jahren gemeinsam mit ihrem Bruder Hans und dem Studienkollegen Christoph Probst von den Nationalsozialisten hingerichtet.

Aus diesem Anlass war Hermann Vinke zu einem Online-Vortrag Gast im Bonifatiushaus. Vinke arbeitete als (Chef-)Redakteur, Auslandskorrespondent und Programmdirektor u.a. beim NDR, ARD und WDR. Er ist Autor zahlreicher Bücher, vor allem für Jugendliche und hat unter dem Titel ‚Das kurze Leben der Sophie Scholl‘ ein vielbeachtetes Buch zum Thema geschrieben.

„Jede Generation hat das Recht, sich einen eigenen Zugang zur Geschichte und den darin handelnden Personen zu verschaffen!“, war das Eröffnungsplädoyer Vinkes. Und dem entsprach auch der Vortrag. Er handelte nicht allein von Sophie Scholl und ihrem Leben und Schicksal, sondern auch davon, wie Hermann Vinke in seiner Lebensbiografie seinen ganz eigenen Zugang zur Person Sophie Scholls gefunden hat. Er berichtete davon, wie er in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre als Redakteur beim NDR in Hamburg

durch eine Kollegin angeregt wurde, sich mit dem Schicksal einzelner Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu beschäftigen – in einer Zeit, in der allein die Person von Sophies Bruder, Hans Scholl im Mittelpunkt des Interesses stand.

Eine neue Erkenntnis bei der Beschäftigung mit Sophie Scholl war für Hermann Vinke die Beobachtung, dass sie sich nur allmählich, in einem Prozess der Selbstfindung vom Nationalsozialismus gelöst hat. „Die Abkehr war nach und nach, innerlich.“, so Vinke. Sophie macht die Beobachtung, dass Lieder nicht mehr gesungen werden, dass Bücher aus den Regalen verschwinden und verboten werden. 1937 wird Hans Scholl zeitweilig verhaftet, was dann eine deutliche Zäsur im Leben und Denken Sophie Scholls darstellte. Von da an habe sie sich vom Nationalsozialismus gelöst und wurde zu der Widerstandsaktivistin, die dann im Frühjahr 1942 im Rahmen der Aktionen der Weißen Rose mitgeholfen habe, Flugblätter zu veröffentlichen, nachdem man von den Vernichtungslagern in Polen erfahren habe. Sei Hans Scholl der Kopf der Bewegung gewesen, so war Sophie ihr Herz und ihr Motor, so Vinke.

Vinke berichtet von den Recherchen zu seinem Buch über Sophie Scholl, die ihn in Kontakt mit Personen aus ihrer Lebensgeschichte gebracht hätten: Mit der Schwester Inge

Aicher-Scholl und mit Sophies Freund, dem Wehrmachtsoffizier und späteren Richter in der BRD, Fritz Hartnagel. Er habe gerade mit Inge Aicher-Scholl hart gerungen, bis sie die Erlaubnis zur Veröffentlichung seines Buches gegeben habe, so Vinke. Und auch Fritz Hartnagel habe nur nach und nach dazu gefunden, über sein Verhältnis mit Sophie Scholl zu berichten. Für alle Beteiligten, so Vinke, habe das Ringen um das Buch zur späteren Anerkennung eines differenzierteren Blicks auf Sophie Scholl geführt – so, als hätten alle erst ihre eigenen, differenzierten Zugänge zur Person Sophie Scholl (wieder-) finden müssen.

Sophie Scholl, so Vinke, steht bis heute für die Einsicht: „Es gab auch Widerstand!“ und damit für das ‚andere Deutschland‘, dass es trotz nationalsozialistischer Gleichschaltung auch gab.

Welche Bedeutung hat Sophie Scholl für die Gegenwart?, so fragte Hermann Vinke am Ende seines Vortrags auf Grundlage seines eigenen Zugangs zur Person Sophie Scholl.

Sophie Scholl lässt sich tagespolitisch nicht vereinnahmen oder verwenden, wohl aber als Orientierung und Vorbild für mutiges und entschlossenes Handeln für die Freiheit. Drei Herausforderungen seien es gegenwärtig, für die Sophie Scholl Orientierung bieten könne:

Da wäre zum einen Sophies Liebe zur Natur zu nennen, die deutlich mache, dass wir unsere Lebensgrundlage nicht weiter zerstören dürfen. Zum zweiten sei es das kompromisslo-

se Engagement für Freiheit und Demokratie. Der heutigen Zeit, die demokratiemüde geworden sei, solle das Schicksal Sophie Scholls als ständige Mahnung dienen, sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen, wo immer es geboten ist. Als drittes stehe das Leben Sophie Scholls für die Einsicht, dass Krieg alles zerstört, was menschliches Zusammenleben ausmacht. Damit stehe sie in der heutigen Zeit als Vorbild für den Kampf gegen Rechtsradikalismus und -populismus und der latent vorhandenen Auffassung, dass politisches Engagement wirkungslos sei. Sophie Scholls Vermächtnis an uns sei die Botschaft: „Wir können und müssen handelnd eingreifen“, so Vinke und zitiert Hanna Ahrendt: „Sprechend und handelnd müssen wir uns in die Welt der Menschen einschalten, die existierte, bevor wir geboren wurden.“

„Wir müssen die Lektionen unserer eigenen Geschichte zum unverzichtbaren und selbstverständlichen Bestandteil des Lernens machen!“, so Hermann Vinke zur Verbindung von Geschichte und Gegenwart. „Mutiges Handeln, neues Denken und neue Ideen wagen!“ das vermittele das Leben Sophie Scholls.

Der Vortrag von Hermann Vinke: Nicht nur ein Plädoyer für die Bedeutung historisch-politischer Bildung, sondern auch ein Beispiel dafür, wie der je eigene Zugang zur Geschichte zur Richtschnur eigenen Handelns in Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft werden kann.

Burkhard Kohn



Seminare für den Bereich der Jugendbildung

Zu den drei Themen „Menschen sind verschieden! – Workshop zum Thema Diversität“, „Fake News und Verschwörungstheorien“ sowie „Geschlechterrollen“ fanden im ersten Halbjahr 2021 pandemiebedingt nur drei Seminare statt, die je nach ihren Inhalten unterschiedliche Ziele verfolgten und hier exemplarisch für den Bereich der politischen Jugendbildung vorgestellt werden.

Menschen sind verschieden! – Workshop zum Thema Diversität

Der Workshop zum Thema Diversität sollte alle Teilnehmer zum Reden bringen, Austausch und Vernetzung ermöglichen und in die Thematik der Heterogenität einführen. Was ist Heterogenität? Was ist Diversität? Was sind Differenzkategorien? Was versteht man unter Doing Difference? Vor diesem Hintergrund sollten Selbstreflexionen in verschiedenen Kategorien des eigenen menschlichen Lebens erfolgen: u.a. zu den Themen der eigenen Privilegierung oder Benachteiligung innerhalb des eigenen Erwachsenwerdens.

Da die Thematik der Diversität nach einem großen Begriff klingt, musste dieser zunächst einmal inhaltlich gefüllt werden. Außerdem bestand der Wunsch der Teilnehmer darin, einen Praxisbezug herzustellen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Um diese Thematik fundieren zu können, galt es zunächst ein Verständnis für den Begriff der Diversität zu entwickeln. Eine Begriffsklärung schien daher unumgänglich zu sein: Diversität kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie vielfältig. Genauer noch: verschiedenartig, gegensätzlich, entgegengesetzt. Bezugnehmend auf diese ursprüngliche Bedeutung fokussiert der Begriff der Diversität insbesondere Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Es stehen historisch gewachsene Differenzsetzungen im Mittelpunkt, die soziale Ungleichheiten hervorgebracht haben. Wenn man den Fokus auf die Differenz legt, entsteht die Gefahr der Vorannahme und der Kategorisierung sowie der Bildung von Stereotypen. Ziel war es daher, konstruktive Beziehungen zu schaffen. Was ist vielleicht das Gemeinsame bei allem?

Neben der angewandten Methodenvielfalt im Workshop konnte insbesondere herausgearbeitet werden, dass jeder Mensch „durch verschiedene Brillen“ auf Gruppen schauen kann: „Menschen sind vielfältige Subjekte“. Menschen haben je nach Brille verschiedene Zugehörigkeiten und damit immer mehr Gemeinsamkeiten als man auf den ersten Blick wahrnimmt. Die eigene Zugehörigkeit prägt häufig das eigene Selbstverständnis. Auf Basis meiner „Merkmale“ mache ich Erfahrungen, die mich vollumfänglich mit meinem Selbstbewusstsein und Selbstbild beeinflussen. Als Erzieher sei es daher wichtig, die Komplexität eines jeden Menschen wahrzunehmen und allen Menschen gerechte Chancen zu ermöglichen. Dass es nicht immer die gleichen sein können, ergibt sich aus der vorhandenen Heterogenität.

Einteilungen in Schubladen seien per se erst einmal nicht schlimm, da sie helfen, dem Leben Orientierung zu geben. Es wird dann problematisch, wenn den Merkmalen Bewertun-

gen gegeben werden (X gut, Y schlecht). Folglich sollte es ein fluides Schubladensystem sein. Bleibe das System zu starr, eröffne sich das Problem, dass man Menschen nicht mehr gerecht werde und es berge die Gefahr, die Menschen in den jeweiligen Schubladen zu benachteiligen.

Stereotype und Vorurteile sind zumeist gelernt und haben sich verselbstständigt: Wir übernehmen häufig dominante Angebote, um uns unser Leben zu vereinfachen. Aber diese Schubladen können und müssen durch das je eigene Bewusstsein und die je eigene Reflexion aufgelöst werden. Jeder Pädagoge habe deshalb die Möglichkeit und gleichzeitig die Aufgabe, sich hier (anders) zu positionieren und die „Trampelpfade“ der Gewohnheit, wenn es notwendig werde, zu verlassen.

Ein weiterer Aspekt, der in dem Workshop betont werden sollte, galt dem Einüben eines Perspektivenwechsels. Alle Teilnehmer bekamen eine Rolle zugeteilt: z.B. „Du bist ein illegaler Einwanderer aus Albanien“. Jeder musste sich auf die Rolle einstellen und anschließend wurde das eigene Empfinden angesichts der Wahrnehmung des Empfindens eigener Benachteiligungen und Privilegien reflektiert.

Betont wurde: Es sei immer schwierig, von außen zu erkennen, wie jemand ist und wie jemand durch bestimmte Eigenschaften, die er und sie hat, in seinem Leben beeinflusst wird. Wir sehen immer nur einen Ausschnitt der Persönlichkeit und müssen uns dessen bewusst sein und eine „wertschätzende Haltung der Vielfalt“ etablieren.

Fake News und Verschwörungstheorien

Das obengenannte Seminar verfolgte das Ziel, die Teilnehmer im Umgang mit Fake-News und Verschwörungstheorien zu sensibilisieren. Weil es sich um ein derart sensibles Thema handelt, wurden zu Beginn des Seminars einige Rahmenbedingungen geklärt. Die Referentin wies aufgrund der Thematik auf die Gefahr hin, menschenfeindliche Aussagen zu reproduzieren, sobald im Seminar konkrete Verschwörungstheorien benannt würden. Daher hätten alle Teilnehmer die Möglichkeit, jederzeit aus dem Seminar auszusteigen, wenn persönliche Grenzen überschritten würden.

Neben eigenen Positionierungen wurden die Teilnehmer aufgefordert, von ihren eigenen Erfahrungen im Umgang mit der anfänglichen Coronasituation zu berichten. In diesem Kontext galt es, sich mit der Vertrauenswürdigkeit und Seriosität von Nachrichtenquellen und einem Vergleich derselben zu bemühen.

Es wurde auch hier mit unterschiedlichen Methoden gearbeitet und sich u.a. der Umfragemöglichkeiten via mentime-

ter bedient. De facto stellte sich heraus, dass alle Menschen in einer Welt leben, in der wir nicht alles verstehen können und müssen. Es gibt widersprüchliche Informationen. Diese auszuhalten sei sehr schwer. Möglicherweise könnten Verschwörungstheorien helfen, den Umgang und das Leben in dieser Welt zu vereinfachen. Ein weiteres Ziel bestand darin, dass die Teilnehmer mittels eines YouTube-Videos (Funk – Auf Klo – Verschwörungstheorien: An diesen Merkmalen erkennst du sie?) auf Merkmale von Verschwörungstheorien hingewiesen werden konnten. In einer Gruppenarbeit konnten sich die Teilnehmer über ihre eigenen Erfahrungen austauschen und von ihren Erlebnissen berichten.

Anschließend berichtete die Referentin von weiteren Strategien, die hier zu einem konstruktiven Gespräch beitragen können. Es wurde deutlich, dass ein Verhandeln auf der Sachebene einer Angelegenheit nicht dienlich sei, da selbst wissenschaftliche Fakten als Teil von Verschwörungstheorien angesehen würden. Stattdessen sei es sinnvoll, die Person in ihrer Sichtweise ernst zu nehmen und auf affektiver Ebene anzusetzen: das Gegenüber und dessen Gefühle ernst zu nehmen, sei hierbei ein wichtiger Aspekt.

Grundsätzlich muss die Veränderungsbereitschaft beim Gegenüber, aber auch bei mir selbst vorhanden sein – bei einem komplett geschlossenen Weltbild ist das nicht unbedingt gegeben und dann sei es in Ordnung, ggf. Gespräche einfach abzubrechen. Grundsätzlich sei aber wichtig: Positionieren darf man sich immer – anderer Meinung sein auch, selbst wenn kein Gespräch zu Stande kommt. Insbesondere bei menschenfeindlichen Aussagen sei dies sogar sehr wichtig. Den Lernertrag, den jeder Teilnehmer aus dem Seminar mitnehmen konnte, war folgender: Die Teilnehmer blieben in einer abschließenden Übung zu unterschiedlichen Aussagen (z.B. „In dieser Einrichtung sind alle systemtreu und geimpft. Das ist eine Gefahr für mein Kind.“) moderat und respektvoll ihrem Gegenüber, ohne eigene Grenzen zu missachten. Insgesamt war das Feedback positiv, da die Teilnehmer dankbar für die vielen Anregungen waren und sich besser auf den Umgang mit dem Thema in der Praxis vorbereitet fühlten.

Workshop: Geschlechterrollen

In diesem Workshop ging es um stereotype Vorstellungen und um die Fragen „Was sind die aktuellen Geschlechterrollen?“ und „Warum gibt es diese Geschlechterrollen?“. Aber auch Themen und Begriffe wie „divers“ und „Sexus vs. Gender“ wurden genannt. Auch wurden Vermutungen aufgestellt, warum bestimmte Vorstellungen existieren, die Frauen als schwächeres Geschlecht darstellen, Hierarchie aufrechterhalten und eine gewisse „Ordnung“ in der Welt beibehalten.

Da die Welt so komplex ist, sei es normal zu kategorisieren und in Schubladen zu stecken: Problematisch wird es, wenn das ganze hierarchisch werde. Zudem sei es wichtig, sich immer wieder mit seinem eigenen Verhalten zu reflektieren und seine eigene Schubladeneinteilung zu hinterfragen.

Des Weiteren sei es wichtig, dass die Teilnehmer einschätzen können, welche Personen gerade für Kinder und Jugendliche in ihrer Erziehung prägend seien. Die Antworten der Teilnehmer lauteten wie folgt: „Eltern – Erzieher*innen – Lehrer*innen – Influencer*innen“. Zur Verdeutlichung, wie sehr Stereotype reproduziert werden können, wurden zwei Videos von Toni Kroos und Pamela Reif gezeigt und sprachlich sowie auf das Bild von Weiblichkeit und Männlichkeit hin untersucht. Das Ergebnis, das sich hieraus ergab, war folgendes: Alle Geschlechter unterliegen Anforderungen der Gesellschaft.

Nun sollte aber auch eine Transferleistung erbracht werden: Was haben die Geschlechterrollen mit dem Beruf des Erziehers zu tun? Um diese Frage umfänglich beantworten zu können, wurde mit den Teilnehmern ein Video geschaut, um dann in eine autobiographische Einzelarbeit zu gehen. Hierbei sollten folgende Fragen beantwortet und reflektiert werden:

- **Wo** und wie ist mir das Thema Gender bisher begegnet?
- **Wann** und wie stark habe ich den jeweiligen Geschlechterrollen entsprechen wollen?
- **Was** waren prägende Ereignisse, Gedanken, Momente, Gefühle?

Die Teilnehmer konnten dann in sog. „Safe Spaces“ von ihren Erkenntnissen aus der Einzelarbeit berichten, ohne unterbrochen zu werden. Im abschließenden Plenum teilten die Teilnehmer einige ihrer Erfahrungen aus den Safe Spaces mit. Insgesamt war es ein gelungenes Seminar, das den Teilnehmern viel Raum für eigene Reflexion und eigenes Hinterfragen bot. Wichtig sei festzustellen, dass jeder Mensch ein Unikat sei.

Maria Minich



 *Maria Minich*

Globalisierung – Menschenrechte – Wirtschaft

*Drei Begriffe, die aufeinander bezogen sind und zugleich in Spannung zueinanderstehen. Die Akademie des Bistums ging diesem Spannungsverhältnis bei acht Veranstaltungen von April bis November nach. Für die fünf Akademieabende und den einen Studientag hat sich die Akademie mit verschiedenen Partnern zusammengetan: dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU), dem Weltethos-Institut in Tübingen sowie dem Institut für Sozialstrategie. Ziel der Veranstaltungsreihe war es, mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren zu einem Thema wie Menschenrechte und ihre weltweite Umsetzung ins Gespräch zu kommen und über unterschiedliche Aspekte wie beispielsweise das sog. Lieferkettengesetz zu diskutieren. Die Acrylgemälde zur Veranstaltungsreihe stammen vom Berliner Künstler Norman Gebauer (*1958).*

Gefördert werden die Angebote aus den Mitteln des Landes Hessen durch die KEB Hessen im Rahmen von HESSEN-CAMPUS 2021.

Projektziele

Globalisierung – Menschenrechte – Wirtschaft: Drei Begriffe, die aufeinander bezogen sind und zugleich in Spannung zueinanderstehen. Ist das Eine ohne das Andere denkbar? Welches Gewicht haben die Menschenrechte in einer ökonomisch geprägten Welt, in der alles miteinander verbunden und vernetzt ist? Warum liegt es im Eigeninteresse von Firmen und Unternehmern, die Menschenrechte entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen? Und welche Schwierigkeiten tun sich dabei auf? Ziel der Bildungsreihe war es, diese komplexen Fragestellungen von verschiedenen Blickwinkeln aus zu beleuchten und mögliche Antworten zu finden. Dabei sollten neben sozialetischen Perspektiven auch Stimmen aus der Praxis Gehör finden mit dem Ziel, den Diskurs um alltagsnahe Betrachtungsweisen zu bereichern.

In einem Jahr, das von der Corona-Pandemie geprägt war, stellte die Realisierung der Veranstaltungsreihe eine besondere Herausforderung dar. Dank moderner Technik war es möglich, die Akademieabende und den sozialetischen Studientag hybrid anzulegen, sodass sowohl eine Teilnahme vor Ort (im kleinen Kreis und unter Beachtung sämtlicher Hygienevorschriften) als auch digital möglich war. Die digitale Aufzeichnung, welche im Nachhinein noch online verfügbar war und ist, ermöglicht es Interessierten, sich auch nach Abschluss der Veranstaltungsreihe in dem Themenfeld umfassend weiterzubilden.

Die Veranstaltungen im Einzelnen

11.05.2021: Akademieabend - Menschenrechte schützen: Was bewirkt ein Lieferkettengesetz?

Das Lieferkettengesetz war im Mai 2021 nach langen Jahren der Diskussion in der parlamentarischen Abstimmung beschlossen worden. Es soll künftig einen größeren Schutz für Menschen und Umwelt in der globalen Wirtschaft ermöglichen. Doch Umweltverbände und Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass das Gesetz nicht weit genug gehe. Aus der Wirtschaft kommen Anfragen, wie deutsche Unternehmen mit angemessenem Aufwand ih-



 Norman Gebauer

rer Verantwortung gerecht werden können. Was kann ein Lieferkettengesetz tatsächlich bewirken?

Hierzu stellten Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen ihre Positionen vor und tauschten sich in einer Podiumsrunde aus. Als Referentinnen und Referenten waren dabei:

- **Hermann Gröhe**, MdB, Staatsminister a.D., stellvertretender Vorsitzender der CDU/ CSU-Fraktion
- **Daniel Trutwin**, Unternehmer, Geschäftsführer, stellv. Bundesvorsitzender des Bund Katholischer Unternehmer
- **Maria Gubisch**, Vorsitzende des Entwicklungspolitischen Beirats der hessischen Landesregierung



 Acrylmalerei „SEITENWECHSEL“ des Berliner Künstlers Norman Gebauer

20.05.2021: Akademieabend – Eine Frage der Verantwortung: Unternehmen gestalten soziale Entwicklungen

Im Rahmen des Akademieabends am 20. Mai standen in unserer Diskussionsrunde Unternehmen im Zentrum. Wir haben uns den Fragen gewidmet, inwiefern Konzerne ebenso wie kleine Betriebe Verantwortung für ihre unternehmerischen Tätigkeiten weltweit übernehmen können und übernehmen sollten. Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit sie zu Akteuren des sozialen Wandels werden? Und ist das überhaupt Aufgabe der Wirtschaft?

Dies wurde anhand verschiedener Beispiele beleuchtet – aus arbeitgebernaher Perspektive, von der wissenschaftlichen Warte aus und aus der Praxis, wobei sowohl ein großes, internationales Unternehmen auf dem Podium vertreten war als auch ein kleines Start-Up. Die Podiumsgäste waren:

- **Steffen Kampeter**, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- **Britta Sadoun**, Sustainability Relations bei Wintershall Dea
- **Salem El-Mogaddedi**, Social Entrepreneur, Mitgründer und Geschäftsführer von „Conflictfood“
- **Christina Saulich**, Wissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit in Rohstofflieferketten bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

12.06.2021: Studientag – Menschenrechte und Wirtschaft: Sozialethische Reflexionen

Einen ganzen Tag lang beschäftigten sich Referentinnen und Referenten gemeinsam mit dem Publikum mit sozial-ethischen Reflexionen rund um das Themenfeld Globalisierung, Menschenrechte und Wirtschaft. Am Vormittag standen grundsätzliche sozialethische Erwägungen im Zentrum; im zweiten Teil am Nachmittag ging es dann um praktische Fragen nachhaltiger Finanzwirtschaft, unternehmerischer Entwicklungszusammenarbeit und Bildung sowie um die Durchsetzung von Menschenrechten im Arbeitsrecht.



 Monika Bracht am Pult und Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer

Für inspirierende Kurzvorträge und anregende Diskussionen sorgten:

- **Prof. Dr. Brigitta Herrmann**, Professorin für Globalization, Development Policies and Ethics an der Cologne Business School
- **Prof. DDr. Ulrich Hemel**, Direktor des Weltethos-Instituts und Vorsitzender des Bundes Katholischer Unternehmer
- **Mike Loose**, Internationaler Managementberater für Ghana/Afrika der AFOS Stiftung
- **Dr. Bernd Villhauer**, Geschäftsführer des Weltethos-Instituts, Nachhaltige Finanzen und Geldtheorie
- **Prof. Dr. Stefan Naegele**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht; Berater für Unternehmen, Vorstände, Geschäftsführer, Aufsichtsräte und leitende Führungskräfte.
- **Prof. Dr. Silja Graupe**, Professorin für Ökonomie und Philosophie sowie Leiterin des Instituts für Ökonomie an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung.

24.06.2021: Akademieabend – Menschenrechte unter Druck: Was mein Verhalten ändern kann

Nach den bisherigen Veranstaltungen, in denen politische und wirtschaftliche Voraussetzungen sowie sozialetische Reflexionen im Vordergrund standen, richtete sich der Fokus des vierten Akademieabends auf die Verbraucherinnen und Verbraucher. Welche Macht haben die Konsumenten, um den Menschenrechten weltweit zur Geltung zu verhelfen? Kann das Verhalten eines jeden Einzelnen etwas verändern? Wenn ja, wie? Und welche politischen Rahmenbedingungen sind notwendig, damit der Kauf eines grünen Finanzprodukts, einer nachhaltig produzierten Jeans oder von Fairtrade-Schokolade wirklich einen Unterschied macht? Wie kann die Vision eines gerechten Welthandels beziehungsweise einer gesellschaftlichen Transformation gelingen?


Darüber diskutierten folgende Expertinnen und Experten:

- **Veselina Vasileva**, Politische Referentin der GEPA – The Fair Trade Company, zum Thema Trends und Zukunftsperspektiven für den Fairen Handel



 Elisa Rheinheimer



 v.l. Mike Loose und Dr. Bernd Villhauer

- **Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer**, Christliche Gesellschaftslehre, Universität Freiburg, zum Thema Persönliche Verantwortung und Handlungsoptionen
- **Monika Bracht**, Leitende Beraterin der Verbraucherzentrale Hessen in Fulda, zum Thema Verbraucherentscheidungen schaffen Veränderung – lokal und global
- **Wolfgang Kessler**, Ökonom, Buchautor, Wirtschaftspublizist, zum Thema Sustainable Finance: Mit Geldanlagen Gesellschaft gestalten

09.09.2021: Akademieabend – Menschenrechte weltweit schützen

Internationale Partner im Gespräch – Zu Beginn des Akademieabends wurde in Fulda unter Beteiligung des Agenda Büros Fulda durch den Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld die „Faire Woche“ in Fulda eröffnet.

Häufig erfolgt die Diskussion um die Durchsetzung der Menschenrechte weltweit aus deutscher Perspektive. Dabei bleiben blinde Flecken. Viele Alltagsprobleme von Menschen in Afrika oder Asien werden nicht genügend wahrgenommen. Dieses Muster aufzubrechen, hatte sich das Bonifatiushaus Fulda in Zusammenarbeit mit seinen Partnern für diesen Abend vorgenommen. So wurde also einer internationalen Perspektive Raum gegeben. Die Referentinnen und Referenten brachten Sichtweisen unserer Partnerinnen und Partnern im globalen Süden ein:

- **Dr. Boniface Mabanza Bambu**, KASA/WÖK im Welthaus Heidelberg
- **Elmar Noe**, Referent für zivilgesellschaftliche Handlungsräume, Bischöfliches Hilfswerk MISEOR e.V.
- **Lena Wallraf**, Referentin für Entwicklungsfragen, BDKJ-Bundesstelle e.V.

25.11.2021: Akademieabend – Stand und Perspektiven: Menschenrechte zwischen ökonomischer Globalisierung, autoritären Regimen und der Schwäche der freien Welt

Am Abschlussabend der Veranstaltungsreihe haben wir den Versuch unternommen, die Puzzleteile der bisherigen Vorträge, Diskussionsbeiträge und aufgeworfenen Fragen rund um das Thema Globalisierung, Menschenrechte und Wirtschaft zusammenzufügen. In akademischen Vorträgen und in Diskussionsrunden haben Professorinnen ebenso wie Unternehmer, Menschenrechtler und ent-


wicklungspolitische Aktivistinnen ihre Perspektiven eingebracht. Am 25. November haben wir die Ergebnisse resümiert und einen Blick in die Zukunft gewagt. Dabei kam das entstehende Buchprojekt zur Sprache und es wurden Highlights der Veranstaltungsreihe präsentiert. Hauptredner des Abends war Michael Brand, MdB und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Fazit

Die Bildungsreihe kann als überaus gelungen bewertet werden. Die Projektziele wurden erreicht und trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, die sich aufgrund der Pandemie ergaben, haben sich viele Menschen intensiv mit den Themen Globalisierung, Menschenrechte und Wirtschaft auseinandergesetzt: Anhand der persönlichen Teilnahme sowie der digitalen Aufrufe kann angegeben werden, dass pro Veranstaltung zwischen 60 und 300 Menschen teilnahmen beziehungsweise sich den Stream im Nachhinein ansahen. Wichtig war uns eine ganzheitliche Beschäftigung mit dem Thema. So ist hervorzuheben, dass der Künstler Norman Gebauer eigens für die Veranstaltungsreihe großformatige Acrylgemälde anfertigte, um die Themen Globalisierung, Menschenrechte und Wirtschaft visuell aufzugreifen. Diese Kunstwerke stellten eine äußerst geeignete Ergänzung zu den hochklassigen Vorträgen und Diskussionsrunden dar. Eine Übersicht der Veranstaltungen finden Sie auf unserem Youtube-Kanal inklusive der Links zu den dort nachzuerfolgenden Podiumsrunden und Vorträgen: https://www.youtube.com/playlist?list=PLaNjdA732N6P4Eow512C_KWh6H0m8G5dT Es ist uns gelungen, vielfältige Aspekte der Thematik darzustellen, wobei selbstverständlich auch Kontroversen zugelassen wurden. Trotzdem blieben die Diskussionen stets fair und respektvoll. Es konnten Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Praxis gewonnen werden, wobei auf Diversität in der Zusammensetzung der Podien geachtet wurde: Der Frauenanteil der Referierenden war hoch, zudem steuerten auch Menschen mit Migrationserfahrung beziehungsweise anderem religiösem Hintergrund ihre Expertise bei. Um neue Zielgruppen zu erreichen, speziell jüngere Menschen, arbeiteten die Veranstalterinnen und Veranstalter mit einer Bandbreite unterschiedlicher, auch interaktiver Methoden. Durch die Kooperation von vier renommierten Einrichtungen – der Akademie des Bistums Fulda, dem Bund Katholischer Unternehmer, dem Weltethos-Institut sowie dem Institut für Sozialstrategie – wurde erreicht, dass das Thema weit über Fulda hinaus Gehör fand. Die Ergebnisse und Erkenntnisse, die aus der Veranstaltungsreihe erwachsen sind, finden Eingang in einer wissenschaftlichen Publikation zu ebendiesem Thema.

Gunter Geiger




 MdB Michael Brand



 Blick in den großen Saal auf Teilnehmer und Aufnahmetechnik während eines Akademieabends



 v.l. Salem El-Mogaddedi im Gespräch mit Elisa Rheinheimer

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unsere Bildungsarbeit, die wir auf den vergangenen Seiten vorgestellt haben, wäre nicht möglich ohne die Unterstützung unserer insgesamt 40 MitarbeiterInnen im Haus, die in den unterschiedlichsten Bereichen tätig sind und zum Gelingen der (Gast-)Tagungen und Veranstaltungen beitragen. Wir möchten unsere verschiedenen Abteilungen und unsere Mitarbeitenden an dieser Stelle explizit nennen und zusätzlich insbesondere die Verwaltungsmitarbeitenden vorstellen, die für unsere Gäste, Referenten und Kooperationspartner immer erreichbar und ansprechbar sind und uns in vielen Belangen mit ihrer jahrelangen Erfahrung mit Rat und Tat zur Seite stehen!

Verwaltung und Sekretariat

Nadine Wehner

- Assistenz des Direktors
- Kursverwaltung Pflege und Gesundheit



Daniela Günther

- Allgemeine Sachbearbeitung
- Kursverwaltung KJP
- Allgemeine Sekretariatstätigkeiten



Hilda Möller

- Sachbearbeitung Bildungsurlaub
- Kursverwaltung bpb
- Allgemeine Sekretariatstätigkeiten



Buchhaltung

Sabrina Braun

- Buchhaltung
- Projektabrechnung
- Sachbearbeitung Finanzen



Ulrike Zerbs

- Allgemeine Finanzen
- Rechnungsstellung



Buchung

Kerstin Hack



Hauswirtschaftliche Leitung

Barbara Hohmann



Empfang/Belegung/Pforte

Ilona Wollny

- Heike Rehm
- Birgit Flügel
- Andrea Möller
- Markus Herbert
- Andreas Wojtusik



Service

- Liliane Wojtusik
- Elvira Gavenda
- Elisabeth Peter-Hohmann
- Elisabeth Hohmann
- Felizitas Erb
- Rita Bachmann

Wäscherei/Reinigung

- Christa Kasseckert
- Renate Brähler
- Agata Hajok
- Margit Hohmann
- Ute Schreiner
- Ilona Wollny
- Liliane Wojtusik
- Elisabeth Peter Hohmann

Küche

- Elmar Wächtersbach (Küchenleiter)
- Norbert Quanz (Stellvertreter)
- Mechthild Huppmann
- Heike Appel
- Cathrin Höfer
- Gabriele Leinweber
- Marvin Senftleben

MAV

Hausmeisterei

- Matthias Bohl
- Martin Schreiber
- Michael Biel (Hausmeistergehilfe)



Burkhard Kohn:**Was ich noch zu sagen hätte...**

Liebe Besucherinnen und Besucher des Bonifatiushauses, der Katholischen Akademie des Bistums Fulda,

mit Wirkung vom 1. März 2022 verlasse ich nach mehr als 26 Jahren das Bonifatiushaus. Ich bin seitens der Bistumsleitung mit neuen Aufgaben betraut worden. Mein neues Wirkungsfeld ist das Bildungs- und Exerzitienhaus Kloster Salmünster.

Ich habe in den 26 Jahren, die hinter mir liegen, entscheidende Veränderungen und Entwicklungen der Bildungsarbeit in katholischer Trägerschaft mitgestalten dürfen. Angefangen mit der gesellschaftspolitischen Bildung Jugendlicher und junger Erwachsener hatte ich Gelegenheit, Einblick und Kenntnisse in viele Bildungsbereiche gewinnen zu können und dabei in Kontakt zu vielen Menschen zu kommen – als Referentinnen und Referenten, als Kooperationspartner und natürlich als Teilnehmerinnen und Teilnehmer der von mir durchgeführten Veranstaltungen. Aus der Zusammenarbeit sind Freundschaften erwachsen, die bis heute andauern. Aus den Begegnungen konnte ich stets viel für meine Bildungsarbeit lernen.

Wer hätte 1995 als ich den ersten Computer für das Bonifatiushaus anschaffen durfte, als ich dann später erste Seminare zum Umgang mit dem Internet durchgeführt habe, gedacht, dass die digitale Revolution so schnell und grundlegend die Gesellschaft verändern würde. An der Grenze zu Thüringen habe ich mit Bildungsveranstaltungen aktiv am Zusammenwachsen von Ost und West mitwirken dürfen. Themen, wie Gentechnologie und Umweltschutz, neue Entwicklungen in der Krankenpflege und ihre gesellschaftspolitischen Implikationen, Rechtsradikalismus und Gewalt, Europa und Vieles mehr wurden in Bildungsveranstaltungen umgesetzt und für Teilnehmende aufgeschlossen. Ereignisse in Deutschland und der Welt wurden in Seminaren bearbeitet: Der Mauer-

fall, das Millennium, 9/11 und die Golfkriege, die Einführung des Euro, Fukushima und zuletzt die Corona-Pandemie.

Seit Beginn meiner Tätigkeit im Bonifatiushaus nahm die religiös-theologische Bildungsarbeit breiten Raum ein und wurde zum Ende meines Wirkens hier zum wesentlichen Teil meiner Arbeit. Es galt, die Menschen aus dem christlichen Glauben heraus in ihrem Leben, mit den ‚Aufs‘ und ‚Abs‘, zu begleiten und ihnen Kraft zu geben – auch hier wiederum in Zusammenarbeit mit Menschen, von denen ich viel gelernt habe. Dabei hatte ich Gelegenheit, sehr unterschiedliche Kursformate für die religiös-theologische Bildungsarbeit aufzubauen, fortzuführen und weiterzuentwickeln. Da waren die Akademieabende mit kirchlichen Amtsinhabern und Würdenträgern, auch aus dem monastischen Bereich, mit Leiter/-innen kirchlicher Institutionen und mit angesehenen Persönlichkeiten aus Universität und Wissenschaft. Besonders die Karwoche war immer eine Zeit mit besonderen Veranstaltungen zur Vorbereitung auf das Ostergeschehen. Studientage versuchten Menschen das christliche Bekenntnis, liturgische Feste im Jahreskreis aber auch das christliche Brauchtum (wieder) nahe zu bringen. Besondere Aufmerksamkeit hatte immer auch der ökumenische und interreligiöse Dialog, hier besonders mit dem Judentum. Zu nennen wäre die Wiederaufnahme des ‚Jüdisch-Christlichen Lehrhauses‘ und die langjährige Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Fulda. Mit zahlreichen Veranstaltungen konnten wir aktuelle Entwicklungen in Kirche und Gesellschaft aufnehmen und für Teilnehmende transparent machen. Und zuletzt ist – als wesentlicher Bestandteil meines religiös-theologischen Einsatzgebietes – die Bibelarbeit zu nennen, die mir immer eine Herzensangelegenheit gewesen ist.

Die in der religiös-theologischen Bildungsarbeit im Bonifatiushaus gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse nehme ich mit zu meinem neuen Wirkungsfeld nach Salmünster. Dort geht meine religiös-theologische Aufgabe weiter.

Was habe ich nach 26 Jahren Bildungsarbeit – aus der eigenen Erfahrung für die Zukunft – ‚noch‘ zu sagen?

Die Corona-Pandemie ist eine Zäsur. Sie hat gesellschaftliche Entwicklungen beschleunigt und/oder in Gang gesetzt, von denen viele nicht zu den besten gehören. Ob es das Wachsen nationaler Hegemonialinteressen und Separierungsbestrebungen, die weltökologische Katastrophe oder der zunehmende Ökonomismus und das Auseinanderdriften von Arm und Reich sind – Menschen auf allen Ebenen, vom direkten sozialen Umfeld bis hin zur internationalen Ebene gehen ‚auf Distanz‘ zueinander. Das aus Corona-Sicht im direkten Umgang miteinander Gebotene wird zum Sinnbild für das Verhältnis der Menschen zueinander insgesamt. Neue Methoden der Bildungsarbeit – etwa das digitale Lernen – scheinen diese Entwicklung noch zu unterstützen. Die digitale Kommunikation wirkt (noch) steif und schwerfällig. Das ‚Abenteuer Aufschalten‘ (klappts oder nicht?) ist nach wie vor da. Hier konnten sich unterschiedliche Kommunikations- und Lernprogramme noch nicht auf gemeinsame Standards einigen. Das digitale Dokumentieren – Aufnehmen oder Streamen - von Veranstaltungen, vor allem von Diskussionen ist immer noch eine Herausforderung.

Doch das geht auch anders. Die jungen Menschen auf ihren Internet-Plattformen und in den sozialen Netzwerken zeigen uns, wie so etwas geht. Sicher können digitale Angebote nicht das ‚Face-to-Face‘ Lernen ersetzen. Aber die Bildung ‚nach‘ oder ‚mit‘ Corona wird nicht mehr dieselbe sein, wie vorher. Bildung wird eine neue, digital kompatible

Sprache finden müssen. Junge Menschen zeigen uns, wie das geht. Es wird so etwas wie eine Hybrid-Form geben müssen, in der sich Präsenz- und digitales Lernen die Hand geben werden. Besucher von Bildungsveranstaltungen werden ganz selbstverständlich nach dem digitalen Zugang zu einer Lernplattform fragen, auf der sie das alles noch einmal vertiefen können. Aber nicht nur die Methoden werden sich ändern. Auch die ‚Darreichungsform‘ von Inhalten wird sich ändern müssen. Es werden andere Blickrichtungen und andere Perspektiven sein, die Inhalte einnehmen werden; andere hermeneutische Zugänge werden zu finden sein, die den methodischen Werkzeugen im digitalen Zeitalter gerecht werden (also auch umgekehrt) – genauso, wie die zeitgenössische Musik nicht mehr die Musik von gestern ist, auch, wenn sie auf ihre Tradition aufbaut.

Jenseits der Glaubenswahrheiten, die unser Bekenntnis zu Jesus Christus unverbrüchlich vertritt, wird das gesamte ‚Bildungspaket‘ zur Vermittlung unserer Hoffnung ein anderes werden: Mit Blick auf die Zielgruppen, auf die Methoden, auf die Umstände der Vermittlung, wie letztlich auch auf mit Blick auf die Gestalt der Inhalte einer Vermittlung unseres christlichen Bekenntnisses.

Ich danke allen für die vielen Jahre der Zusammenarbeit und des Zusammen-Lernens, das immer auch ein gegenseitiges Lernen voneinander war. Bleiben Sie trotz allem, was da so in der Gegenwart wütet, ‚positiv neugierig‘ auf das, was kommen wird. Das hätte ich noch zu sagen gehabt...!

Bleiben Sie gesund.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Burkhard Kohn







Die Katholische Akademie unterhält eine Vielzahl von Kooperationen und Mitgliedschaften:

- AKSB - Arbeitsgemeinschaft katholisch sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Sonstigen Träger der außerschulischen Jugendbildung
- Arbeitsgemeinschaft Seniorenwoche Fulda
- Arbeitskreis Kirche und Gewerkschaft Hessen
- Beirat Zebis – Zentrum für ethische Bildung in der Bundeswehr
- Diözesaner Arbeitskreis Soziales Ehrenamt im Bistum Fulda
- Forum Pädagogik
- FOSS - Forschungsverbund für Sozialrecht und Sozialpolitik der Hochschule Fulda und der Universität Kassel
- Hessencampus Fulda + AG Bildung und Digitales
- KEB Hessen - Katholische Erwachsenenbildung Hessen Landesarbeitsgemeinschaft e.V.
- Leiterkreis der Katholischen Akademien in Deutschland (Sozialethischer Arbeitskreis, Medizinethischer Arbeitskreis)
- Netzwerk Flüchtlingshilfe im Bistum Fulda
- Netzwerk Politische Bildung in der Bundeswehr

In unsere Kooperationen sowie unsere eigenen Veranstaltungen bringen wir unseren Bildungsansatz ein, der die Person stärkt, Partizipation und Gestaltung ermöglicht, Vielfalt erfahrbar macht und Räume des Dialogs, des gegenseitigen Wachstums und der gemeinsamen Wahrheitsuche entstehen lässt. So wirken unsere Bildungsangebote über die eigene Institution hinaus in die Gesellschaft hinein. Durch die bundesweite Vernetzung können wir unsere Angebote qualitativ hochwertig gestalten und eine stetige Weiterentwicklung gewährleisten.

Regional

Wir sind Mitbegründer des HESSENCAMPUS Fulda - ein Zusammenschluss regionaler Bildungsträger für lebensbegleitendes Lernen. Der HESSENCAMPUS Fulda verbindet die Kompetenzen der beteiligten öffentlichen, freien und privaten Bildungsträger und eröffnet den Lernenden durch die Zusammenarbeit zusätzliche Bildungschancen. Ein zukunftsger Schwerpunkt ist die Aufgabe den Digitalen Wandel entlang der Bildungskette zu gestalten. Hieran arbeitet u.a. die AG Bildung und Digitales.

Finanzen

Unsere Akademiearbeit finanziert sich aus kirchlichen Eigenmitteln des Bistums Fulda, Teilnehmerbeiträgen und öffentlichen Geldern. Neben dem fachlichen Austausch in der AKSB steht die Bewirtschaftung von Bundesmitteln, die aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) für die nationale und internationale Jugendarbeit sowie aus der Trägerförderung der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) stammen.

Akkreditierung und Qualitätssicherung

Mit der Vergabe des Qualitäts- bzw. Prüfungsregels des Vereins für Weiterbildung Hessen e.V. hat der Verein dem Bonifatiushaus ein hohes Qualitätsniveau in der Weiterbildung attestiert. Bildungseinrichtungen zeigen mit dem Gütesiegel von Weiterbildung Hessen e.V., dass sie bei ihrer Arbeit eine hohe Qualität einhalten, seriöse Teilnahmebedingungen bieten und sich in Streitfällen einem Schlichtungsverfahren unterziehen. Sie verpflichten sich zur Einhaltung der Qualitätsstandards, die für Qualitätssicherung, Transparenz und Verbraucherschutz stehen.

Zertifizierte Einrichtungen dürfen mit dem Gütesiegel „Geprüfte Weiterbildungseinrichtung“ werben und sind für mehrere öffentliche Fördermittel anerkannt. Darüber hinaus können Sie Vergünstigungen bei der AZAV-Zulassung erhalten. Das Bonifatiushaus ist außerdem als Anbieter von Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer vom Institut für Qualitätseentwicklung des Hessischen Kultusministeriums nach § 1 Abs. 2 i.V.m. §§ 9-11 IQVA akkreditiert. Lehrerinnen und Lehrer, die an akkreditierten Fortbildungs- und Qualitätsbildungsangeboten unseres Hauses teilnehmen, erhalten damit die für die jeweilige Veranstaltung festgesetzte Anzahl von Leistungsprodukten.



Das Bistum Fulda startet 2021 mit einem neuen Logo – ein sichtbares und neues Zeichen für die anstehenden Weichenstellungen sowie den angedachten Kulturwandel. Das neue Logo, bei dem das Bistum Fulda mit Münster kooperierte, verbindet das Kreuz als universales Markensymbol der Kirche mit einer imaginären, stilisierten Sprechblase, die zusammengelesen wurden und in der Optik eines Kirchenfensters erscheinen. Anders als das Bistum Münster sind das Fuldaer Logo in Gelbtönen gehalten. Dieser von Münster und Fulda vorgelebten „Dachmarke“ können sich auch weitere Bistümer anschließen, was die Empfehlung aufgreift, als katholische Kirche an einem gemeinsamen Erscheinungsbild zu arbeiten. Ziel des Cooperte-Design-Konzeptes ist es, den Kulturwandel durch eine moderne Markengestaltung sichtbar zu machen: Menschen sollen so künftig besser erkennen und verstehen können, wer und was alles zur katholischen Kirche im Bistum Fulda gehört.

Website



Über unsere neue Website <https://www.katholische-akademie-fulda.de/> finden Sie alle wichtigen Informationen zu unserem Haus, unseren Veranstaltungen, wichtigen Entwicklungen, unserem Team und vieles mehr. Wir haben die vergangenen Monate genutzt, um die Seite für Stück weiterzuentwickeln. Dabei bemühen wir uns, wichtige Informationen stets gut sichtbar auf der Frontpage bereit zu halten: Hier finden Sie beispielsweise für unsere Online-Veranstaltungen am Tag selbst die direkte Weiterleitung. Aktuelles bzw. für Gäste relevante Informationen arbeiten wir meist innerhalb eines Tages ein. Wichtig auch für VeranstalterInnen: Sie finden unser geltendes Hygienekonzept unter dem Reiter „Tagungshaus“!

Facebook



Neben unserer Website ist auch Facebook für uns ein wichtiges Medium, um auf Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Hier finden Sie jedoch auch immer wertvolle Artikel von Kooperationspartnern sowie Veranstaltungsinweise anderer Akteure im Bereich der politischen Bildung. Über unsere derzeit über 1500 Abonnenten freuen wir uns sehr – ebenso wie über Hinweise, Verlinkungen und Co!



Instagram

Neben Facebook haben wir in diesem Jahr auch einen Instagram-Account eröffnet – dieser soll künftig vor allem die Zielgruppe der politischen Jugendbildung (Jugendliche im Alter von 14-26 Jahren) ansprechen und Einblicke in unsere Arbeit in diesem Bereich geben. Das Konzept und die Struktur stehen – fehlen nur noch die Veranstaltungen, um den Kanal entsprechend zu bespielen... (zum Hintergrund siehe Artikel „Corona und außerschulische Jugendbildung“). Wir hoffen daher, dass im Laufe des Jahres auch außerschulische Jugendbildung wieder möglich ist und freuen uns, entsprechende Einblicke über unsere Highlights und den Feed zu geben. Übrigens sind wir auch über unseren Instagramkanal bei (An-)Fragen erreichbar!



Newsletter

Mit unserem Newsletter, der derzeit nach Bedarf ein- bis zweimal im Monat am Donnerstag erscheint, informieren wir über unser Programm sowie Aktuelles und auch spontane Änderungen unseres Programms. Gerade in den letzten Monaten wurden wir immer wieder von spontanen Änderungen überrascht und waren damit aufgefordert, Formate abzusagen oder (in den digitalen Raum) zu verschieben. Gerne können Sie sich dazu via Email an info@katholische-akademie-fulda.de anmelden! Mittels unserer digitalen Instrumente können wir Sie in diesen Zeiten schneller erreichen – und papier- bzw. ressourcenschonend ist es auch noch.



Die katholische AKADEMIE auf YouTube

Seit dem vergangenen Jahr hat das Bonifatiushaus einen eigenen YouTube-Kanal, um Formate unserer Online-Akademie bereitzustellen. Hier finden Sie – ebenso wie in unserer Online-Akademie über unsere Website – alle vergangenen Online-Veranstaltungen zum Nachschauen. Der Kanal ist zwar in bzw. aus der Corona-Situation heraus entstanden, wir sind jedoch froh darüber, Ihnen auch künftig über dieses Medium digitale oder hybride Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen!

Dorothea Wojtczak ist katholische Theologin und Mutter zweier Kinder. Sie studierte katholische Religionslehre, Philosophie und Biologie für das Lehramt an Gymnasien mit dem Abschluss des 1. Staatsexamens an der Philipps-Universität in Marburg. Daran schloss sich das Theologiestudium mit dem Abschluss des Magister theologiae an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt am Main, an. Neben ihrer beruflichen Tätigkeit als Referentin für Wissenschaft und Glaube an der katholischen Studierenden- und Hochschulgemeinde in Münster/Westf. begann sie ihr Promotionsstudium an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br. am Lehrstuhl für Christliche Religionsphilosophie bei Prof. Dr. Markus Enders. Seit Dezember 2021 ist Frau Wojtczak nun an der katholischen Akademie des Bistums Fulda Referentin für das Projekt „ResPACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.“

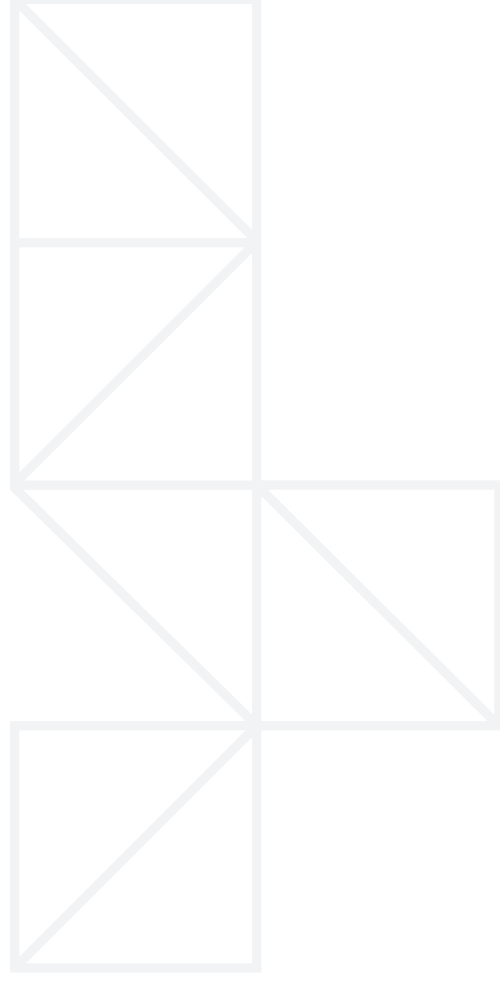
Dorothea Wojtczak

optionen zu erweitern, ist es notwendig, dass entweder innerhalb des schulischen Kontextes Freiräume geschaffen oder außerhalb dessen dieselben existieren, um informelles Lernen zu fördern. Ebenso gehört es – gerade in Zeiten wie diesen – dazu, für gegenseitige Achtung und Respekt gegenüber dem Anderen zu sensibilisieren, Wünsche, Sorgen und Nöte des Anderen wahr- und ernst zu nehmen, Dialog- und Kritikfähigkeit einzubüben sowie offen zu sein für andere Meinungen, Ansichten und Weltbilder. Diese Offenheit und Sensibilisierung können nur erfolgen, wenn das Wissen um die eigenen Wurzeln und eine selbstständig gebildete Identität vorhanden sind.

Um dieses Feld vollumfänglich füllen zu können, ist es bereits zu Kooperationsvereinbarungen zwischen Respekt Coaches und Trägern wie der Evangelischen Akademie in Frankfurt gekommen. Inwiefern diese Kooperationsvereinbarungen inhaltlich gefüllt und für das Bistum sowie die katholische Akademie fruchtbar gemacht werden können, wird das kommende Jahr 2022 zeigen.

Feststeht schon jetzt: „Zeitgenössische politische Bildung muss den Blick auch auf das Religiöse lenken, damit nicht Religiosität mit Fundamentalismus verwechselt wird.“

Vorstellung der Projektreferentin (siehe Foto links)



KATHOLISCHE
AKADEMIE
BISTUM FULDA

Religionsensible politische Bildung – „ResPACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.“

Mit dem Projekt der religionssensiblen politischen Bildung, kurz: „ResPACT“, wird der Bereich der außerschulischen Jugendbildung in der katholischen Akademie seit Dezember ergänzt. Nicht erst die Zeit seit Corona verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass junge Menschen die Chancen und Möglichkeiten erkennen und wahrnehmen, die ihnen eine umfassende (politische) Bildung ermöglicht. Denn die Herausforderungen, die diese Zeiten mit sich bringen sind enorm und verlangen von (jungen) Menschen die Kompetenzen, sich selbstverantwortet positionieren und entscheiden, ihre sozialen, (inter-)religiösen und (inter-)kulturellen Kompetenzen stärken, Zivilcourage erlernen und vertiefen zu können. Es sind Zeiten, die eine vielseitige Sensibilisierung trotz unterschiedlichster Herausforderungen verlangen.

Ausgerechnet im Advent startete dieses Projekt an der katholischen Akademie. Dies eröffnet die Frage: Worum geht es im Advent? Es geht im Advent wahrlich nicht bloß um ein historisches Warten oder um einen Vollzug von Erneuerungen. Nein, Advent fordert heraus. Advent will die Grundgesetze und Grundhaltungen des menschlichen Lebens, des menschlichen Daseins, die in diesem historischen, physischen und sichtbaren Warten dargestellt werden, sehen, vollziehen und neu durchdenken. Wie passend also, dass ausgerechnet in dieser geprägten Zeit ein solches Projekt beginnen konnte. Diese dreifache Chance, die im Advent liegt: nämlich 1. die allgemein-menschliche Sicht, 2. die historische Perspektive und 3. der liturgische Sinn können gewinnbringend für jedes menschliche Leben und die religionsensible

politische Bildungsarbeit eingesetzt werden. Es ist nämlich 1. eine Zeit der Suche nach Gott und nach Licht, eine Zeit der Sehnsucht. 2. Ermöglicht uns diese Zeit die Erinnerung an unbeschwertere, friedvolle Tage wachzuhalten; an Tage, in denen die Gottessehnsucht erfüllt wird. Und 3. kann sich jeder Mensch ergetren lassen von der Fülle der Zeiten. Diese Chance birgt nicht wenige Probleme: Kann der Mensch von heute mit diesem dreifachen Sinn des Advents etwas anfangen? Scheinen nicht die Fragwürdigkeit und Gebrechlichkeit des Menschen seine letzte Wirklichkeit zu sein – gerade in Zeiten von Corona? Könnte die Zeit des Advents mit ihrem Sinn für eine religiöse Urgeschichte, einen Offenbarungsglauben und die Weiterlösung nicht schnell als Ergebnis einer fremden Welt, als Erzeugnis eines syrisch-orientalischen Glaubens von Menschen, die dem Orient entstammen, angesehen werden? Sollte man der Kirche überhaupt näher kommen in Zeiten von Missbrauch, synodalen Prozessen und Co.?

Um ein Eröffnen neuer Perspektiven, eine solide Meinungsbildung wie auch das Fundieren und Vertreten der eigenen Meinung sowie das Aushalten anderer Meinungen zu fördern und zu schulen, Impulse für Engagement und selbstbestimmtes Lernen zu setzen und Denk- und Handlungs- und Nächstenliebe gefüllt werden.

Um ein Eröffnen neuer Perspektiven, eine solide Meinungsbildung wie auch das Fundieren und Vertreten der eigenen Meinung sowie das Aushalten anderer Meinungen zu fördern und zu schulen, Impulse für Engagement und selbstbestimmtes Lernen zu setzen und Denk- und Handlungs- und Nächstenliebe gefüllt werden.

So richtet sich die Bildungsarbeit in einem primärpräventiven Ansatz an junge Menschen, um ihnen Wege der Weiterentwicklung und des Erwachsenwerdens hin zu mündigen, selbstverantwortlich handelnden Menschen zu eröffnen.

Um ein Eröffnen neuer Perspektiven, eine solide Meinungsbildung wie auch das Fundieren und Vertreten der eigenen Meinung sowie das Aushalten anderer Meinungen zu fördern und zu schulen, Impulse für Engagement und selbstbestimmtes Lernen zu setzen und Denk- und Handlungs- und Nächstenliebe gefüllt werden.



Dorothea Wojtczak



Sehr geehrte Damen und Herren,

Die ersten Gedanken zu der neuen KATHOLISCHEN AKADEMIE DES BISTUMS FULDA sollten eigentlich andere sein, aber die aktuellen Ereignisse erschüttern die ganze Welt. Es fällt schwer, in Anbetracht des furchtbaren Krieges in der Ukraine einen klaren Blick zu behalten. Das Leid der Menschen erschüttert uns zutiefst. Bedroht ist allen voran das ukrainische Volk, der Angriff gilt aber auch der Demokratie in Europa und weltweit. Dieser Krieg führt uns abermals vor Augen, wie wichtig eine wertebegleitete politische Bildung ist, die nicht mit Ende der Schulzeit aufhören darf. Politische Bildung an unserer Akademie ist Bildung die zu der lebensbegleitenden Entwicklung des Menschen – von Jugendbildung bis Seniorenbildung – in umfassender Weise beiträgt. Bei der Vermittlung der Inhalte legen wir besonderen Wert auf die Urteilsfähigkeit auf der Grundlage der Botschaft des Evangeliums.

Die Akademie als Ort der Begegnung und der kritischen Auseinandersetzung mit den drängenden Themen der Zeit eröffnet Räume, um die Ereignisse zu analysieren, zu reflektieren und den gesellschaftlichen Austausch zu fördern. Wir behandeln in der Akademie Themen stets aktuell und erarbeiten entsprechende Bildungsformate. Die kritische Reflexion und unsere Fragen nach Gott und unsere christliche Handlungs- und Hoffnungsperspektiven in den gesellschaftlichen Prozess einzubringen, ist eine wichtige Aufgabe unserer Akademiearbeit. Hierin wird ebenso deutlich, dass die katholische Kirche in Deutschland mit der Akademie des Bistums Fulda eine Vertreterin besitzt, die politische Bildung vor allem im non-formalen und informellen Bereich niemals werteneutral vermitteln kann. Zudem wird deutlich, dass eine solche Einrichtung die positiven Ressourcen ausschöpfen muss, die aus dem Glauben heraus eröffnet werden können – gerade hinsichtlich der dunkel drohenden Gewitterwolken, die über der katholischen Kirche (in Deutschland) stehen.

Seien Sie sich also bewusst, dass wir als katholische Akademie im nächsten Jahr sehr daran interessiert sind, gerade in der politischen Bildung sprachfähig werden und bleiben zu wollen. Dass uns sehr viel am Austausch und an der Kooperation mit den unterschiedlichsten Partnern gelegen ist. Und dass wir sehr stark an unserer Profilierung gearbeitet haben und weiterarbeiten werden.

In Freude auf die Begegnung und den Austausch mit Ihnen für das Team der Akademie

Gunter Geiger,
Leiter und Direktor



Direktor Bonifatiushaus Fulda, Gunter Geiger



Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Freunde und Förderer der katholischen Akademie,

nach nun zwei Jahren der Corona-Pandemie können wir mit diesem Tätigkeitsbericht kurz innehalten und uns vor Augen führen, wie sehr sich Bildungs- und Akademiearbeit gewandelt hat und wie trotz aller Widrigkeiten Diskurse, Begegnungen, Bildungsziele und Entwicklungen erreicht wurden, auf die wir stolz sein können. Gerade die Bildungs- und Akademiearbeit im Bistum Fulda hat deutlich gemacht, dass eine Krise auch Chance sein kann. Die vielen digitalen Formate, die interaktiven Zugänge zu Bildung und auch die Online-Akademie zeigen, dass Bildungsarbeit nicht nur weiter möglich war, sondern sich unter diesen besonderen Umständen in neuen Möglichkeiten bewährt und entwickelt hat. Mit Blick auf die hier geleistete Arbeit darf ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie im Bonifatiushaus herzlich Danke sagen.

Im letzten Jahr gab es zudem einen institutionellen Wandel: Die Akademiearbeit gehört seit dem 1. Juli 2021 zur Abteilung Bildung und Kultur, deren Leitung ich übernehmen durfte. Gemeinsam mit Direktor Gunter Geiger darf ich die Bildungsarbeit und die strategische Ausrichtung der Akademie gestalten und in die Zukunft führen. Hier haben wir schon wesentliche Weichen gestellt. Die Akademiearbeit wird sich insbesondere auf gesellschaftliche, politische und zeitgeschichtliche Fragestellungen konzentrieren und diese vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre und des christlichen Menschenbildes bearbeiten. So ist die Akademie ein Ort der Begegnung, des Austauschs und des gemeinsamen Ringens um gesellschaftliche Orientierung und Gestaltung. Diesen Ort diskursiv und kritisch mitzugeschaffen sind Sie alle weiterhin herzlich eingeladen. Ich wünsche Ihnen viel Freude und interessante Einblicke bei der Lektüre des Tätigkeitsberichts.

Mit herzlichen Grüßen,

Dr. Marco Bonacker,
Leiter der Abteilung Bildung und Kultur



Dr. Marco Bonacker

Tätigkeitsbericht



**KATHOLISCHE
AKADEMIE**
BISTUM FULDA

2022